

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 239 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 12/2014 VOM 9. DEZEMBER 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Mit freundlichen Grüßen:** 10 | **Sie kriegen keine Antwort**
Wie ein Verwaltungsdezernent agiert

So senden wir
auf jeden Fall
was Neues übern Mauerfall...

14 | **Mit höchstem Risiko**
in den 1. Weltkrieg
Eine Denkschrift mit Folgen (Teil 3)

Eberswalde gegen TTIP



Unter dem Motto »Eberswalde gegen TTIP« hatte ein Initiativenbündnis aus NaturFreunde Eberswalde e.V., Greenpeace Eberswalde, AfIE (Antifaschistische Initiative Eberswalde), Energie- und Kulturinitiative WandelBAR, NABU Barnim, SofA (Solidarität für Asylbewerber), Freiraum Initiative Eberswalde, Alnus e.V. und Tauschring Eberswalde am 14. November zur Demonstration gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA aufgerufen.

Treffpunkt war an dem November-Freitag um 13.30 Uhr im Ammonpark (Pfeilstraße), wo eine erste Kundgebung stattfand. Der folgte ein Demonstrationszug über den Marktplatz und über die Bergerstraße zum Bahnhofsvorplatz. Nach einer Zwischenkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz führte die Demo durch die Eisenbahnstraße zurück ins Zentrum. Die Abschlußkundgebung fand in der Friedrich-Ebert-Straße neben der Hochschulbibliothek statt.

Der Aufruf wurde von einem breiten Eberswalder Netzwerk getragen. Denn die geplanten Freihandelsabkommen betreffen diverse Lebensbereiche.

TTIP bedroht Regelungen des Umwelt- und Verbraucher-, Daten- und Arbeitnehmerschutzes, die als sogenannte »Handelshemmnisse« gesehen werden und abgebaut werden sollen. Statt Menschenrechte und natürliche Lebensgrundlagen sollen Investitionen geschützt werden. Der Investitionsschutz, der Konzerne zum Verklagen von Staaten vor außerstaatlichen Schiedsgerichten berechtigt, würde dazu führen, daß sich in jedem Bereich die niedrigsten Standards durchsetzen. Ge-

winner dieser Verträge sind multinationale Konzerne, die der Demokratie die Hände binden, Bürger mit ominösen Geheimhaltungsstrategien entmündigen und die gesamten Ressourcen der Erde unter ihre Profitfingernagel stellen.

Die EU-Kommission setzt diesen Verhandlungen nicht genügend Widerstand entgegen. Das Eberswalder Initiativenbündnis rief deshalb die Bürger auf die Straße. An der zwei Stunden währenden Demonstration haben über 250 fast ausschließlich junge Menschen teilgenommen und bunt, laut und entschlossen protestiert – eine Demo wie sie Eberswalde schon länger nicht mehr erlebt hat, auf der aber mit ganz wenigen Ausnahmen Vertreter der politischen Parteien aus Eberswalde fehlten. Allerdings erreichte der Demo-Aufruf auch nur eingeschränkt die breite Öffentlichkeit.

Prominente Redner waren UWE HIKSCH, der stellvertretende Vorsitzende der NaturFreunde Berlin und AXEL VOGEL, Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag.

ALBRECHT TRILLER

Landrat stoppt Bürgerentscheid in Bernau

Bernau (bbp). Am 14. Dezember sollten die Bürgerinnen und Bürger von Bernau darüber abstimmen, ob im Wasser- und Abwasserverband (WAV) Panke/Finow der Wechsel vom Beitrags- auf das Gebührenmodell vorgeschlagen wird. Ein entsprechendes Bürgerbegehren hatten die Bernauer Stadtverordneten im Oktober für zulässig erklärt. Doch nun hat die Barnimer Kommunalaufsicht die Stadtverordnetenentscheidung »nach Klärung der Rechtslage« für ungültig erklärt. Damit dürfen auch die bisher schon per Briefwahl abgegebenen Stimmen nicht ausgezählt werden. Hintergrund ist der Streit um die sogenannten »Altanschlüsse«. Das Land Brandenburg drängt die verschuldeten Zweckverbände, auch von Nutzern, die vor 1990 ans Wasser-/Abwassernetz angeschlossen wurden, im Nachhinein Anschlußbeiträge zu erheben. Diese Pflicht entfällt nur, wenn ein Gebührenmodell eingeführt wird, wie es schon im Bereich des ZWA Eberswalde praktiziert wird. Lesen Sie auf Seite 3 erste Stellungnahmen zu dem Demokratieverbot.

Der Anfang ist gemacht

Im grauen und öden November konnte man sich vor selbstgefälligen Lobhudeleien von Siegern der Geschichte und den Klagen der vermeintlichen Verlierer kaum retten. Dieser muffige, hundertmal aufgekochte Brei wurde durch das wiederholte Aufwärmen nicht besser. Er schmeckt nach 25 Jahren ranzig und schal.

Dabei gibt es etwas, was uns alle verbindet und auf das wir alle stolz sein können. Unsere Heimat ist nämlich seit diesen Tagen ein vom Militär fast befreites Gebiet. Das militärische ist aus unserem Alltag und unserer Sprache nahezu verschwunden. Niemand kann gegen seinen Willen zum Militär gepreßt werden. Natur und Solarindustrie verwandeln die militärischen Flächen.

Man glaubt es kaum. Die Deutschen sind friedlich geworden und haben die Lust am Waffengebrauch verloren.

Das trifft besonders auf das Stammland des preußischen Militarismus zu. Hier und jetzt will und kann niemand mehr in den Krieg ziehen. Unsere Nachbarn sind endlich vor uns sicher. Wir haben gemeinsam einen wirksamen Beitrag zum Weltfrieden geleistet. Der persönliche Anteil mag sich unterscheiden. Im Nachhinein muß man das bei einer so großen Tat nicht gegeneinander aufrechnen. Frieden und persönliche Sicherheit sind ein hohes Gut und mittlerweile für viele selbstverständlich.

In gemeinsamer aufopferungsvoller Arbeit sind uns die Fähigkeiten zum Kriegführen abhanden gekommen. Kapitalisten hetzen ihre Arbeiter für den Export, so daß diese neben aufreibender Arbeit und anstrengender Erholung einfach keine Zeit für militärischen Kram haben. Jugendliche gondeln um die Welt oder hungern sich krank und wollen einfach nicht in der Armee dienen. Politiker und Beamte beschäftigen sich angestrengt mit kollektiver Dysfunktion des Staatswesens. Exemplarisch hatten wir bereits auf die erfolgversprechenden, subversiven Vorgänge im Heeresbeschaffungswesen hingewiesen. Bürgerbewegungen verhindern jeden Versuch eine neue Rüstungsproduktion zu etablieren.

Vor diesem Hintergrund mutet die mentale Aufrüstung und abendfüllende Berichterstattungen über kriegerische Auseinandersetzungen sonderbar deplaziert an. Zumal diese mit Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben, schnellen Eingreiftruppen und höherem Komfort für Soldaten verbunden sind. Die Berichterstatter suggerieren die baldige Auferstehung der zähnefletschenden hunnisch-tatarisch-russischen Bestien.

Aber kaum einer hört auf sie. Selbst die kampferprobten Veteranen spielen im Altersheim Mau-Mau.

So muß jeder Waffengang ins Wasser fallen. Einzig unser Bundespräsident und Wolf Biermann halten durch. So weit sind wir gekommen. Nur einige Frontberichterstatterinnen haben es noch nicht gemerkt.

Dr. MANFRED PFAFF

Gedenken an Amadeu Antonio

Eberswalde (prest-ew/bbp). Vor 24 Jahren geschah in Eberswalde der erste rassistische Mord nach dem Beitritt der DDR zur BRD. In der Nacht vom 24. zum 25. November 1990 wurde der Angolaner Amadeu Antonio in der heutigen Eberswalder Straße von einem rassistischen Mob brutal zusammengeschlagen. Er starb 11 Tage später an den schweren Verletzungen. Daran erinnerten in diesem Jahr gleich eine ganze Reihe von Veranstaltungen.

Ein großes Bündnis vieler gesellschaftlicher Initiativen einschließlich der Stadt Eberswalde hatte am Nachmittag des 6. Dezembers, dem Todestag von Amadeu Antonio, zum Erinnern an die Stelle des Mordanschlags in der Eberswalder Straße eingeladen.

An der Gedenktafel ergriff neben dem Vorsitzenden des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V. Jone Munjunga auch der Bürgermeister Friedhelm Boginski das Wort. Blumen konnten an dem Tag auch im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio an der Puschkinstraße 13 abgelegt werden. Das im August eröffnete neue Bürgerbildungszentrum trägt den Namen »Amadeu Antonio«. Eine Glastafel erinnert im Eingang des Gebäudes an sein Leben und die Tat.

Bereits am 27. November zeigte das Jugendbündnis F.E.T.E. (Für Ein Tolerantes Eberswalde) gemeinsam mit dem Afrikanischen Kultur-



verein Palanca und der Kampagne Light me Amadeu um 19 Uhr im Saal des BBZ den Film »Can't be silent – on Tour with the Refugees« der Journalistin Julia Oelkers. Der Streifen zeigt, wie eine Gruppe von Musikern dem isolierten Alltag in Flüchtlingsheimen auf eine Konzert-Tournee entkommt.

An gleicher Stelle folgte am 7. Dezember ein Konzert »Loops & Poetry« mit dem Sänger und Wortkünstler JoKaa, der Schauspielerin und Autorin Lara Sophie Milagro und der »Spoken Word Performer« Philipp Khabo Köpsell und Temye Tesfu. In der Reihe »Loops & Poetry« begleitet JoKaa die »Spoken Word Poeten« mit seiner »Loop-Station«. Beatbox, mehrstimmiger Gesang und rhythmische und sphärische Loops treten in Interaktion mit dem Gesprochenen. Thematisiert werden Rassismus, Postkolonialismus, unsere Gesellschaft und afrodeutsche Identitäten.

Weihnachtsessen für Flüchtlinge und Migranten

Am 1. Dezember hatte die evangelische Kirchengemeinde Finow im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (DBH) zu einem Weihnachtsessen für Flüchtlinge eingeladen. Im Vergleich zur Veranstaltung im Vorjahr kamen an diesem Abend deutlich mehr Besucher.

Die meisten Gäste kamen aus dem Wohnverbund in der Schwärzeseestraße. Aber auch Bewohner von eigenen Wohnungen im Brandenburgischen Viertel waren dabei. Es gab ein schmackhaftes Essen mit Geflügel und Reis. Zwischen den Gästen, den Ehren- und Hauptamtlichen des DBH sowie den geladenen Verantwortungsträgern aus der Stadt und dem Landkreis entwickelten sich zwanglose und intensive Gespräche, die dank zweier Dolmetscher (englisch und russisch) weitestgehend verstanden wurden. Die Kinder vergnügten sich während dieser Zeit mit den Spielgerä-

ten des DBH. Es wurden Weihnachtslieder gesungen. Für die musikalische Umrahmung sorgte Herr Heims auf dem Klavier. Ihm sowie den beiden Dolmetschern Frau Engel und Herrn Payne gilt unserer besonderer Dank. Unserer Einladung waren auch die Integrationsbeauftragte des Landkreises Marietta Böttger und der Stadtverordnete Carsten Zinn gefolgt. Das Interesse an den Gesprächen und auch an den regelmäßigen Veranstaltungsangeboten des DBH zeigte uns, daß diese Einladung richtig war, um Willkommen zu sagen in unserer Kirchengemeinde und im Brandenburgischen Viertel, Stadtteil von Eberswalde.

Wir danken ebenfalls dem Vorbereitungsteam aus Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen des DBH.

FRANK NEUMANN, Gemeindeglieder der evangelischen Kirchengemeinde Finow

Neubürgerempfang auf dem Prüfstand

Eberswalde (bbp). Ernüchterung nach dem Neubürgerempfang am 26. September. Die beteiligten Aussteller begrüßen die Idee und lobten die Organisation. Doch in Relation zur Menge der Eingeladenen kamen nur wenige Besucher. Im Eberswalder Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus wird nun über mögliche Änderungen nachgedacht. Wie Amtsleiter Dr. Jan König informiert, soll künftig auf den offiziellen Einladungsbrief und vor allem auf

die erbetene Rückmeldung als Hürde verzichtet werden. Auch werde über einen anderen Namen und einen anderen Ort nachgedacht. Persönliche Einladungskarten an die neu zugezogenen Einwohner soll es weiterhin geben, aber ergänzt durch eine Öffnung für interessierte Bürger, wie Eltern von Neugeborenen und Kindern. Beim Freitag als Veranstaltungstag und dem Zeitrahmen von ungefähr 16 bis 19 Uhr soll es bleiben.

Blankes Entsetzen!

Wer die Briefe des Landrats vom 3. Dezember an den Bürgermeister der Stadt Bernau Herrn Stahl und den Brief des Innenministeriums an die Vertrauenspersonen Frau Dr. Simon und Herrn Neue gelesen hat, den befällt ein Gefühl, das mit zwei Worten hinreichend beschrieben ist: Blankes Entsetzen!

Was will der Landrat?

Was sind das für Leute, was ist das für ein Landrat, der sich in seitenlangen Ergüssen gesetzestreu gibt und versucht, ein Bürgerbegehren zu verbieten? Der Mann heißt Bodo Ihrke. Er ist der Auftraggeber und damit allein Verantwortlicher. Wer ist dieser Mann, der hier den Souverän gibt? Es ist der Landrat des Landkreises Barnim als allgemeine untere Landesbehörde. Er wurde nicht gewählt sondern per Losentscheid in den Sattel gehoben und da sitzt er jetzt als Ritter von der traurigen Gestalt, ferngesteuert von seinem Parteigenossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Woitke, der die Hosen gestrichen voll hat aus Angst vor dem Bürgerwillen. Es ist ganz konkret die Angst um ein gesetzwidriges Landesgesetz, hier Kommunalabgabengesetz und die Angst davor, daß die Bürgerinnen und Bürger endlich erkennen könnten, daß in diesem Land Unrecht regiert und daß sie die Kraft haben, jedes Unrechtsregime wegzufügen! Dieses Regime will von den Bürgern das Beste, ihr Geld - und das müssen sie konsequent verweigern. Nur das hilft!

Diesen Bürgerwillen wollen die Herren nun verbieten – im angeblich öffentlichen Interesse. Welches öffentliche Interesse kann höher sein als der mehrheitliche Wille der Bürger?

Kann ein Bürgerbegehren überhaupt rechtswidrig sein? Der Bürger ist doch der Souverän!

Die sechsseitige Begründung des in der Kreisverwaltung zuständigen Dezernenten ist an den Haaren herbeigezogen und steht recht wackelig auf zwei tönernen Füßen:

1. Ein Bürgerbegehren über öffentliche Abgaben ist angeblich nicht zulässig. Das mag sein, aber bei diesem Bürgerbegehren geht es nicht um die Abschaffung von Abgaben, sondern darum, das Finanzierungssystem für Wasser und Abwasser auf den Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, Anschlußbeiträge abzuschaffen und Wasser nur noch über Gebühren zu finanzieren. Das ist legitim!

Ohne ernsthafte Prüfung

Die Entscheidung der Kommunalaufsicht ist eine Entscheidung gegen Bürgerbeteiligung und gegen eine Mehrheit in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. Auch das Bürgerbegehren selbst wurde für unrechtmäßig erklärt und das, nachdem bereits vor Monaten das notwendige Quorum festgestellt wurde und die Stadtverordneten mit deutlicher Mehrheit den Beschluß zum Bürgerentscheid faßten.

Ein genauer Blick in das Schreiben offenbart auch, daß die Stellungnahme der Stadtverwaltung nicht ernsthaft geprüft wurde. Das vorgeschriebene Anhörungsverfahren erweist sich damit als Farce. Dieses Vorgehen sollte vor einem

2. Das Bürgerbegehren ist angeblich nicht ausreichend begründet. Es fehlten Sachverhaltsdarstellungen und Argumente. Das trifft nicht zu! In Bernau gab es seit Juli 2013 mehr als fünfzig Kundgebungen auf dem Marktplatz mit überwältigend hoher Bürgerbeteiligung. Die Bernauer Bürger sind hervorragend über sie Situation und die Argumente informiert und wissen, worum es geht. Sie sind es, die für Recht und Gesetz und Gerechtigkeit kämpfen!

Wie ist die Lage?

Der Bernauer Bürgermeister ist erst wenige Wochen im Amt. Er steht nun vor seiner ersten Bewährungsprobe. Der Landrat hat ihn auf seine angebliche Dienstpflicht verwiesen, daß er den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung aufzuheben und alle Maßnahmen zum Bürgerbegehren rückgängig zu machen hat. Der Bürgermeister ist ausgebildeter Jurist. Er kann selbst entscheiden, ob er den Willen der Landesregierung erfüllt oder die Interessen der Bürger vertreten will. Ich wünsche ihm Courage! Damit gibt er sich selbst den Ritterschlag. Als Erfüllungsgehilfe des Landrats hat er als Bürgermeister in Bernau keine Zukunft!

Was ist zu tun?

Für juristische »Spielchen« ist keine Zeit mehr, jetzt ist zu handeln. Der Landrat hat mit »Ersatzvornahme« gedroht, falls der Bürgermeister nicht »ordre pariert«. Ich bin gespannt, wie eine solche Maßnahme aussehen wird. Will er Polizei einsetzen, um die Bürger an der Stimmabgabe zu hindern? Will er die Stimmzettel beschlagnahmen? Will er den Wählern Repressalien androhen? **Ich sage: Soll der Landrat die Drecksarbeit selber machen und damit den Grundstein für seine Abwahl legen. Die scheint mir nun überfällig!**

Die Bernauerinnen und Bernauer werden sich nicht einschüchtern lassen. Der Bürgerwille geschehe!

JOHANNES MADEJA
für »Wasser in Bürgerhand« (W|B)

Verwaltungsgericht geprüft werden. Bleibt die Frage, wie weiter. In einer Sondersitzung des Hauptausschusses, die umgehend einberufen werden muß, sollten wir uns dazu verständigen und eine Entscheidung treffen. Für die Anfang Januar stattfindende Versammlung könnten die Vertreter der Stadt aufgefordert werden, als Kompromiß das Abschmelzungsmodell auf den Weg zu bringen. Die Umstellung auf eine künftige Gebührenfinanzierung ist damit nicht vom Tisch. Gleichzeitig bleibt der vom VDDN unterstützte Klageweg.

Dr. DAGMAR ENKELMANN,
Vorsitzende der Linksfraktion in der SiVV Bernau

Die Schwärzebrücke

Im November lehnten die Stadtverordneten einen Vorschlag der Bündnisgrünen, Varianten für einen Neubau der im Sommer 2014 abgerissenen Schwärzebrücke zwischen Zainhammer Mühle und dem Eberswalder Tierpark zu untersuchen (vgl. BBP 9/2014), mehrheitlich ab. Der Abriss war offensichtlich ungenannter Bestandteil der Planungen zur »Erlebnisachse Schwärzetal«. Die »Erlebnisachse« nutzt den Schwärzeübergang an der Zainhammer Mühle und eine neu in den dortigen Buchenwald geschlagene Trasse nördlich der Schwärze bis zum Tierpark. Damit wurde nach Auffassung der Planer im städtischen Baudezernat der alte, seit mehr als 200 Jahre bestehende Weg samt Brücke überflüssig. Die Brücke sei marode gewesen und mußte deshalb 2013 gesperrt werden, sagt das Baudezernat. Eine Sanierung der Brücke sei »wirtschaftlich nicht vertretbar« gewesen. Eine Aussage, die nicht mit Zahlen hinterlegt wird. Über die Kosten des im Sommer 2014 erfolgten Abrisses schweigt sich die Eberswalder Bauverwaltung ebenfalls aus.

Das Waldgebiet östlich und nordöstlich des Tierparks sei durch zahlreiche Wanderwege und drei Brückenüberquerungen erschlossen, erklärte die Bauverwaltung. Daß eine der drei Brücken gerade abgerissen worden war, wurde geflissentlich unterschlagen. Eine Wanderung »Rund um den Zoo« entlang der Schwärze und des Herthafießes kann nun nur noch über den Umweg über die Zainhammer Mühle realisiert werden, sofern man sich nicht auf die abenteuerliche Wanderung über die nur bei Niedrigwasser passierbare »Wunschbrücke« einläßt.

Das Baudezernat wollte jedenfalls keinen Ersatzneubau befürworten und schätzte die Kosten für einen Neubau auf etwa 250.000 Euro. Soviel kosteten die Brücke an der Schwärzermündung und die sogenannte Mikadobrücke. Allerdings sind die örtlichen Verhältnisse oberhalb des Zainhammers keineswegs vergleichbar mit denen am Unterlauf der Schwärze. Daher wären deutlich geringere Kosten zu erwarten. Eine Verwendung der alten Brücken Gründung ist durch den Abriss nicht mehr möglich. Die Abrisskosten sind ausgegeben. Die Wiederherstellung wird jedenfalls mehr kosten als eine nun nicht mehr mögliche Instandhaltung.

Es gab natürlich gute Argumente, so zu entscheiden, wie entschieden wurde. So ist es von Vorteil für die Kulturinitiative in der Zainhammer Mühle, wenn dort die Verkehrsströme vorbeigeleitet werden. Und vor allem können die Unterhaltungskosten für eine Brücke eingespart werden. Für den Trassenbau durch den Wald konnten Fördergelder genutzt werden.

Das Problem liegt wohl darin, daß all diese Beweggründe nicht öffentlich diskutiert wurden, sondern in »Expertenrunden« ausgekugelt wurden. Bei der Beschlußfassung in der Stadtverordnetenversammlung zur »Erlebnisachse« spielten all diese Überlegungen keine Rolle.

GERD MARKMANN 3

Spatzenkonzert

Der Winter läßt in diesem Jahr auf sich warten. Für die muntere Spatzenschar auf den Dachrinnen des Eberswalder Rathauses wirkt das relativ warme Wetter als eine Art Aktivitätsverstärker. Jedenfalls ist ihr Pfeifkonzert auch in der jetzigen Jahreszeit noch vom Morgenrauen bis zum Dunkelwerden laut und deutlich hörbar. Die neuesten Krümel, die die Spatzen von den Fenstersimsen der Rathaus-Gerüchteküche aufpickten, verkünden die Botschaft, daß es im Rathaus trotz der baldigen Dezernentenenthronisierung im Bereich Bildung, Kultur und Soziales auch im Jahr 2015 eine vakante Dezernentenstelle geben werde. Glaubt man den Spatzen, wirft demnächst der Verwaltungs- und Finanzdezernent Bellay Gatzlaff das Handtuch. Bis ins nächste Jahr hinein ist er erstmal krank geschrieben.

Zu den Gründen pfeift der eine Spatz dies, der andere Spatz das. Fakt ist, daß der Dezernent durch seinen launischen und stark selektiven Umgang mit den Stadtverordneten immer weniger Freunde fand. Vom Bürgermeister als »Allround-Waffe« eingesetzt, mag eine gewisse Überforderungssituation eingetreten sein. Zuletzt war wohl auch das Verhältnis zum Bürgermeister nicht mehr eitel Sonnenschein.

Ein kleines Spätzlein ganz am Rand der Dachrinne will gar wissen, daß sich hier grundsätzliche Veränderungen in der Eberswalder politischen Konstellation anbahnen. Schließlich muß sich der FDP-Bürgermeister so ähnlich fühlen wie der englische König Johann ohne Land. Bis zum Mai des Jahres wußte er noch seine Partei und deren Verbündete als die stärkste Fraktion im Stadtparlament. Nach der Kommunalwahl schrumpfte die FDP-Fraktion auf drei Mitglieder und die einstigen Verbündeten gingen auf Distanz. Im Bürgermeisterwahlkampf verzichtete Friedhelm Boginski vorsichtshalber schon mal auf jeglichen Hinweis, daß ihn die FDP als Kandidaten nominiert hatte. Sollte das Spätzlein recht haben, dann sucht der Bürgermeister neuen politischen Rückhalt. Da steht der bisherige Allround-Dezernent vielleicht im Wege.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Volker Passoke (DIE LINKE), so stand es in der lokalen Tageszeitung, hatte dem Bürgermeister bei dessen Amtseinführung im November Tips gegeben, wie es ihm »als ersten Bürgermeister dieser Stadt nach der Wende gelingen (könnte), die zweite Amtszeit nach vollständigem Ablauf zu beenden«. G.M.

Neue Finanzdezernentin

Bernau (bbp). Spätestens ab 1. Juli 2015 wird in der Stadt Bernau eine neue Finanzdezernentin ihren Dienst beginnen. Die Zepernickerin Renate Geissler war zuvor 12 Jahre lang Kämmerin der Stadt Eberswalde. Dort wird der erneute Verlust einer kompetenten und von allen Seiten hoch angesehenen Führungskraft sehr bedauert.

Mit freundlichen Grüßen:

Sie kriegen keine Antwort!

Eberswalde (bbp). Die zehn Stadtbezirke gemäß Flächennutzungsplan bilden in Eberswalde die statistische Grundlage für stadtplanerische Entscheidungen, sei es die Schul- und Kitaplanung, die allgemeine Stadtentwicklungsplanung oder anderes. Für die Feinplanung sind die größeren Stadtbezirke jeweils in mehrere Unterbezirke aufgeteilt.

Die stadtplanerischen Bezirke stimmen nur zum Teil mit den politischen Ortsteilen überein. So bilden die drei ländlichen Stadtbezirke Sommerfelde, Tornow und Spechthausen jeweils einen Ortsteil. Auch der Ortsteil Brandenburgisches Viertel ist seit den entsprechenden Änderungen Ende 2013 mit dem gleichnamigen Stadtbezirk identisch. Vorher gab es mit dem Stadtbezirk »Finowtal« Überschneidungen mit dem Ortsteil Finow, was hinsichtlich der Ortsteilstatistik immer wieder zu Irritationen führte. Der Ortsteil Finow besteht seit den Änderungen komplett aus den Stadtbezirken Finow und Clara-Zetkin-Siedlung.

Ähnliche Diskrepanzen gab es bei den Ortsteilen Eberswalde 1 und 2. Nur waren hier deutlich mehr Einwohner betroffen. Denn das Leibnizviertel, ein Unterbezirk des Stadtbezirks »Stadtmitte«, gehörte gemeinsam mit den Stadtbezirken Nordend und Westend zum Ortsteil Eberswalde 2, während die anderen Unterbezirke von »Stadtmitte« und der Stadtbezirk Ostend den Ortsteil Eberswalde 1 bildete. Um hier Ordnung zu schaffen, änderte die Stadtverordnetenversammlung Ende 2013 die Hauptsatzung. Seitdem gehört das Leibnizviertel zum Ortsteil Eberswalde 1.

Diese Änderungen haben nun allerdings zur Folge, daß statistische Vergleiche aktueller Einwohnerzahlen mit denen der Vorjahre nicht mehr möglich sind.

Der Stadtverordnete Carsten Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) erbat deshalb vom Sachgebiet Paß- und Meldewesen der Stadtverwaltung eine aufgeschlüs-

selte Einwohnerstatistik nach Stadtbezirken und separat nach dem Stadtunterbezirk Leibnizviertel. Wer sich ein wenig mit Datenbanken auskennt weiß, die Erstellung entsprechender Abfragen ist für sachkundige Bediener eine Sache weniger Minuten, wenn nicht gar Sekunden.

Nicht so in der Stadtverwaltung Eberswalde, im Bereich des Verwaltungs- und Finanzdezernenten, zu dem auch das Paß- und Meldewesen gehört. In früheren Zeiten gehörten Antworten auf solche Anfragen zum Tagesgeschäft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gaben fragenden Stadtverordneten bereitwillig Auskunft. Normalbetrieb also, denn die Stadtverordnetenversammlung ist gemäß Kommunalverfassung für alle Angelegenheiten der Stadt zuständig, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Darüber hinaus obliegt der Stadtverordnetenversammlung die Kontrolle der Verwaltung.

Im Verwaltungs- und Finanzdezernat gilt der Normalbetrieb seit einiger Zeit nur modifiziert. Der Dezernent behält sich die Entscheidung vor, welche und wessen Fragen von den Mitarbeitern beantwortet werden dürfen.

Dementsprechend fragte die zuständige Mitarbeiterin vorsichtshalber, vielleicht auch weisungsgemäß, erstmal beim Dezernenten an, wie sie sich bei der Beantwortung der Frage verhalten solle. Eine entsprechende Datenbankanfrage müsse erst erarbeitet werden, lautete pflichtgemäß die Antwort auf die Nachfrage des Dezernenten, ob die Datenlage überhaupt so auswertbar sei, wie vom Stadtverordneten Zinn gewünscht.

Der Dezernent lehnte daraufhin eine Antwort ab: »Nach ... Mitteilung der SGLin Einwohnermeldebehörde ist eine Einteilung nach Stadtbezirken/Stadtteilen in der derzeit verwendeten Datenbank nicht enthalten. Die Stadtverwaltung kann deshalb Ihrem Anliegen nicht gerecht werden. Mit freundlichen Grüßen Bellay Gatzlaff.«

Erhalt des Finowkanals

Eberswalde (bbp). Der Finowkanal soll in die Projektliste der Arbeitsgemeinschaft Wassertourismus Initiative Nordbrandenburg (WINAG) aufgenommen werden. Das sieht eine von der CDU-Fraktion initiierte Beschlußvorlage für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vor. Die Christdemokraten werben derzeit unter den anderen Fraktionen, daß diese den Vorschlag als Miteinreicher unterstützen. Die Vorlage enthält zugleich die Bereitschaftserklärung der Stadt, sich mit einem kommunalen Eigenanteil an der Finanzierung der Projekte zu beteiligen.

»Mit der durchgängigen Befahrbarkeit des Finowkanals«, wird die Initiative begründet, »und

fällt die Frage, ob es für den Finowkanal eine wassertouristische Entwicklungschance gibt. Sobald die erste Schleuse aus Sicherheitsgründen gesperrt wird, ist der Finowkanal eine Sackgasse.« Damit würde der Kanal seine wassertouristische und wirtschaftliche Bedeutung verlieren. Der Bund habe seine Bereitschaft erklärt, so die CDU weiter, finanzielle Mittel für die Sanierung der Schleusen bereitzustellen. Allerdings soll dafür der Finowkanal in die Trägerschaft der Anliegerkommunen übertragen werden.

Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion soll die Vorlage im Januar 2015 in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

»Anpassungsstrategien« für Mindestlohn

Eberswalde (bbp). Ab dem 1. Januar 2015 gilt in der BRD – mit diversen Ausnahmen – ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Wie sich das auf betroffene klein- und mittelständische Unternehmen in Eberswalde auswirkt, wollte der Vertreter der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde im städtischen Wirtschafts- und Finanzausschuß Carsten Zinn wissen.

»In einigen Berufsverbänden werden Anpassungsstrategien zur legalen Umgehung der Erhöhung der Arbeitskosten diskutiert«, wußte Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König zu berich-

ten. Allerdings könne nicht gesagt werden, wie und von wem diese Strategien umgesetzt werden. Auswirkungen könne es hinsichtlich der Arbeitszeit als auch der Stellenanzahl geben. Auch das vertragliche Verhältnis (selbständig statt angestellt) könne sich ändern.

Die Stadtverwaltung hatte zuletzt, trotz des bereits geltenden Brandenburgischen Vergabegesetzes, mit Zustimmung der Mehrheit der Stadtverordnetenfraktionen (einschließlich Linke) Postdienstleistungen an die City Briefbote GmbH vergeben, die Löhne weit unter dem Mindestlohn von 8,50 Euro zahlt.

»Lange Nacht der Wirtschaft« ausgewertet

Eberswalde (bbp). Die Reihe »Lange Nacht der Wirtschaft« ist ein Gemeinschaftsprojekt der Mitgliedstädte der Arbeitsgemeinschaft »Städtekrantz Berlin-Brandenburg«. Durch die Verbindung von Kultur und Wirtschaft soll »die Wirtschaft in einem ungewöhnlicheren Rahmen ... erfahren« werden, informierte der Eberswalder Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König jetzt nach einer entsprechenden Anfrage von Carsten Zinn (Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) die Mitglieder des städtischen Wirtschafts- und Finanzausschusses. »Ein Kulturbegleitprogramm ist damit ein wichtiges Element dieser Veranstaltung.« Nach Absprache mit den Firmen fiel die Buchung der kulturellen Aktivitäten der »Langen Nacht« am 30. August 2014 der Stadtverwaltung zu bei einem kalkulierten Budget von 20.000 Euro.

Nachdem auf die öffentliche Ausschreibung auf dem Vergabeportal des Landes Brandenburg niemand ein Angebot abgab, erfolgte eine beschränkte Ausschreibung mit direkter Ansprache von drei regionalen Akteuren, aus der schließlich ein Angebot resultierte. »Die Kosten«, so Dr. König, »für die gesamte Verantwortung für das Kulturprogramm (Künstlerwahl, -buchung, -betreuung, Honorare, technische Absicherung, Beleuchtung, Absprache mit den Firmen,

Gema etc.) beliefen sich auf 16.800 Euro (netto)«. Die beteiligten Unternehmen, insbesondere die sich nicht im Familiengarten präsentierten, gaben laut Dr. König ein »durchweg positives Feedback und würden bei einer Neuauflage sich wieder beteiligen. Trotz des geringeren Besucherinteresses und der kurzen Verweildauer der Besucher im Familiengarten waren die Unternehmer positiv gestimmt und haben mögliche neue Ansätze vorgeschlagen. Darüber hinaus gab es den Wunsch, bei ähnlichen Formaten wieder mitwirken zu können.«

Seitens des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus werde daher überlegt, künftig auf verteilte Standorte zu verzichten bzw. vermehrt eng zusammenliegende Standorte einzubinden, um den Besucherstrom nicht zu entzerren, weite Wege zu vermeiden und auch die Konkurrenz unter den Standorten abzumildern. Darüber hinaus sollten auch die Möglichkeiten der Unternehmensdarstellung nicht zu unterschiedlich sein. Zudem wäre durch ein dichteres Veranstaltungsgebiet, argumentiert der Amtsleiter, die notwendige zentrale Eröffnung und der zentrale Abschluß besser koordinierbar. »Daher gehen die Überlegungen in Richtung eines dichteren Veranstaltungsgebietes bzw. die Fokussierung auf ähnliche Branchen.«

Diskussion zur Massentierhaltung

Am 1. Dezember wurde im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages das Thema Massentierhaltung öffentlich beraten. Vor wenigen Monaten hatte die Albert-Schweitzer-Stiftung eine Petition mit der Forderung nach einem Ausstieg aus der Massentierhaltung eingereicht. Fast 100.000 Menschen haben dieses Anliegen unterstützt. Auf Grund der Masse der Unterstützerinnen und Unterstützer ist eine öffentliche Beratung vorgeschrieben.

Dazu sagt die Brandenburger Bundestagsabgeordnete ANNALENA BAERBOCK: »Die Proteste gegen die Massentierhaltung nehmen zu. Aber die Große Koalition im Bund ignoriert das Thema genauso wie die rot-rote Landesregierung in Brandenburg. Dabei werden in der Massentierhaltung billiges Fleisch, Milchprodukte und Eier durch mil-

lionenfaches Tierleid und den massiven Einsatz von Antibiotika erkaufte. Das System schadet nicht nur Tieren und Umwelt, sondern auch den Menschen. Es muß beendet werden. Angesichts der Entwicklung in Brandenburg mit immer weiteren geplanten Anlagen zur Massentierhaltung sollten die Landespolitikerinnen und -politiker die Diskussion sehr genau verfolgen – auch vor dem Hintergrund der beim Brandenburger Landtag eingereichten Volksinitiative gegen Massentierhaltung.«

Baerbock unterstützt die Forderungen der Petition, Tierhaltung auf engstem Raum ebenso zu verbieten wie routinemäßige Amputationen und Qualzuchten. Der Zeitplan der Petentinnen und Petenten, bis 2020 die Massentierhaltung zu beenden, sei jedoch sehr optimistisch.

NILS NABER

Barnimer Kulturpreis

Kreistagsfraktion und Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen loben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus. Der Preis ist erneut mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird der Preis durch bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete, die dafür ihre Aufsichtsratsbezüge aus kommunalen Unternehmen spenden.

Bewerber können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die einzureichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung des kulturellen Wirkens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten.

Die Unterlagen sind bis zum 17. Dezember 2014 in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge. Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich. Mit dem Kulturpreis 2013 wurde der Förderverein Sankt Marien Bernau e.V. ausgezeichnet.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Schleusen-Stammtisch



Eberswalde (hgm). Vier Studierende im Masterstudiengang Regionalentwicklung und Naturschutz der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) befassen sich in einem von Prof. Dr. Jürgen Peters betreuten und vom Verein Unser Finowkanal e.V. begleiteten Projekt mit dem wassertouristischen Potential des Finowkanals. Auf dem Schleusen-Stammtisch am 3. Dezember im Studi-Club in der Schicklerstraße haben die heranwachsenden Profis ihre Sicht auf den Finowkanal den Vereinsmitgliedern vorgestellt.

Nach einer kurzen Einführung durch Prof. Peters präsentierten die Studierenden ihre Erfahrungen aus den Interviews mit den unterschiedlichen Akteuren aus der Region sowie von den eigenen Begehungen am Kanal. Am Ende folgte ein Ausblick auf die weiteren Aufgaben im Projekt und dessen Endprodukt.

Ein Erfahrungsaustausch mit den Vereinsmitgliedern zur Entwicklung des Finowkanals und seinen Potentialen schloß sich an.

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Neue Revierpolizistin

Eberswalde (bbp). Am 1. Dezember trat Polizeikommissarin Maja Rothe ihren Dienst als Revierpolizistin im sozialen Brennpunkt Brandenburgisches Viertel an. Carsten Zinn, noch in der Funktion als Ortsvorsteher, hatte schon lange eine Nachfolge für den aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedenen ehemaligen Revierpolizisten Erhard Lipp gefordert.



Dies wurde nun, wie im Frühjahr angekündigt endlich realisiert. Maja Rothe (34) ist künftig an der Seite ihres Kollegen Ronny Ladewig im Viertel unterwegs. Nach der Geburt ihres dritten Kindes hatte sie an der Polizeischule in Oranienburg einen Aufstiegslehrgang vom mittleren zum höheren Dienst absolviert. Ihr neuer Dienstgrad Polizeikommissarin ist in der Diensthierarchie vergleichbar mit dem Unterleutnant der einstigen Volkspolizei. Vor ihrer Elternzeit war die sympathische Frau schon Revierpolizistin in Nordend und konnte einige, vor allem kommunikative Erfahrungen sammeln, die sie nun gerne im Brandenburgischen Viertel anwenden und ausbauen möchte.

Revierleiter ausgewechselt

Eberswalde (bbp). Ohne Information der Öffentlichkeit nahm am 1. Dezember mit Polizeihauptkommissar THOMAS HÖHNS im Polizeirevier Eberswalde ein neuer Revierleiter seinen Dienst auf. Höhns hatte dieses Amt bisher im Revier Bernau inne. Über die künftige Verwendung des bisherigen Revierleiters TORSTEN KULLIG, wurde ebenfalls nichts bekanntgegeben.

Neue Kanzlerin

Am 1. Dezember hat JANA EINSPORN ihre Stelle als neue Kanzlerin an der HNE Eberswalde angetreten. Die offizielle Amtsübergabe durch Ihren Vorgänger CLAAS CORDES erfolgt am 15. Januar 2015 im Wilhelm-Pfeil-Auditorium auf dem Waldcampus. Die 34-jährige Jana Einsporn studierte Rechtswissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Nach dem Referendariat am Brandenburgischen Oberlandesgericht beriet Jana Einsporn seit 2009 die Hochschulleitung sowie die verschiedenen Fakultäten der Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« in Potsdam-Babelsberg in juristischen Fragen, erstellte Rechtsgutachten und erarbeitete Ordnungen, Satzungen und Verträge.

STEFANIE SCHULZE

Flüchtlingspolitik im Landkreis Barnim

Am 22. November kam die Barnimer SPD zu einem Unterbezirksparteitag zusammen. Die Barnimer Jusos haben dort zwei Anträge eingebracht.

Im diesem Jahr haben wir erneut einen kontroversen Antrag zum Thema Kreis-Flüchtlingspolitik. Die Barnimer Jusos sprechen sich dafür aus, das Oderberger Flüchtlingsheim vorerst nicht zu bauen und stattdessen eine Fachkonferenz mit allen Betroffenen und den Willkommensinitiativen zu organisieren, um einen optimalen Standort zu finden. Weiterhin fordern wir eine Ombudsperson, die für die Flüchtlingspolitik des Landkreises als Ansprechpartner fungiert und die unbedingte Schließung des Heimes in Althüttendorf.

Oderberg ist als Standort für eine Flüchtlingsunterkunft nicht geeignet. Die Menschen müssen sich auch ohne Auto gut bewegen können und sich mit Landsleuten aber auch mit Anwälten und Helfern jederzeit treffen können, um nicht nur auf die Angebote des Trägers vor Ort angewiesen zu sein. Wir müssen darüber diskutieren was einen optimalen Standort ausmacht und wo dieser sich im Kreisge-

biet findet. Hierzu muß die Kreisverwaltung nicht nur mit den Kommunen zusammenarbeiten sondern auch mit den Ehrenamtlichen in der Flüchtlingspolitik. Wichtig ist uns, daß die Entscheidung nicht an allen vorbei getroffen wird. Auch bei der Suche nach einen Standort für eine mögliche dritte Unterkunft. Wir sind auch kompromißbereit. Wenn Oderberg nicht mehr verhindert werden kann, dann sollten alle schnellstens dafür sorgen, daß die Menschen dort eine Infrastruktur vorfinden, die es Ihnen ermöglicht sich frei zu bewegen und sich zu integrieren.

Wir reichen darüber hinaus auch weitere Anträge ein: einer zur Verbesserung der Web-Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverwaltung und einer zur Personalentwicklung in der Partei, damit wir nicht wieder in die Situation kommen, keine Bürgermeisterkandidaten im Landkreis zu finden.

FLORIAN GÖRNER

Jenseits des Potsdamer Platzes

Eberswalde (bbp). Die »Kinder-, Jugend- und Seniorenhilfe in Buckow gGmbH« will sich den Stammgästen am Potsdamer Platz widmen und hat deshalb beim Sprecherrat »Soziale Stadt« für ein Jahr eine Förderung für wöchentlich 7 Stunden Sozialarbeit beantragt.

»Nach wie vor trifft sich am Potsdamer Platz«, heißt es in dem Förderantrag, »eine Gruppe von Menschen in der Altersgruppe von etwa 23 bis 50, die dort einen Großteil ihrer Zeit gemeinsam verbringen und währenddessen Alkohol konsumieren. Sie betrachten und erleben den Potsdamer Platz offensichtlich als Beheimatung und Möglichkeit für sich, in ihrer jeweils besonderen Lebenssituation befriedigende soziale Kontakte eingehen und pflegen zu können.« Dies werde von vielen anderen Nutzern des Platzes als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität wahrgenommen und sei ein schlechtes Vorbild für die Kinder, insbesondere

der benachbarten Grundschule. Die Gruppenmitglieder hätten ihren Lebensstil »aufgrund von biografischen Deklassierungserfahrungen« gewählt und sind »augenscheinlich nicht motiviert, Schritte in die soziale oder berufliche Integration zu gehen« und die vorhandenen Hilfeangebote zu nutzen.

Hauptziel ist zunächst, ins Gespräch zu kommen und Vertrauen aufzubauen, um auf dieser Grundlage gemeinsame Kleinprojekte in Angriff zu nehmen, wie den Bau eines Unterstandes für die Gruppe, und für Beratungsangebote ein offenes Ohr zu finden. So würden behutsam Voraussetzungen geschaffen, die in eine berufliche bzw. schulische Integration münden könnten.

Angestrebt wird nicht zuletzt, nach Möglichkeiten für eine räumliche Alternative zum Potsdamer Platz zu suchen.

Jugendflamme im Landkreis Barnim

Am 8. November war es mal wieder so weit. Die Barnimer Jugendfeuerwehren hatten die Möglichkeit, ihr Können unter Beweis zu stellen und sich dafür das Abzeichen Jugendflamme zu verdienen. Die Jugendflamme konnte in der Stufe 1 oder Stufe 2 erworben werden. Hierfür mußten alle anwesenden Jugendlichen im Stationsbetrieb verschieden Aufgaben und je nach Abnahmestufe in verschieden Schweißgraden absolvieren. Es mußten z.B. Knoten gebunden, ein Standrohr richtig gesetzt, ein kleiner Test geschrieben werden und noch einige andere Aufgaben. Da der Andrang auf die Jugendflamme zum Ende des Jahres sehr hoch war, wurde die Abnahme auf den Vor- und den Nachmittag verteilt. Am Vormittag absolvier-

ten insgesamt 63 Jugendliche in beiden Stufen erfolgreich die Jugendflamme. Am Nachmittag konnten dann nochmal 56 Jugendliche ihre Jugendflamme in Empfang nehmen. Somit bewiesen an diesem Samstag alle teilnehmenden 119 Jugendliche ihr Können in der Jugendfeuerwehr. Wir gratulieren allen Jungkameraden und Jungkameradinnen zu ihrer Leistung, welche weiterhin zeigen, daß die Jugendwarte des Landkreises Barnim eine sehr gute Arbeit leisten. Weiterhin bedankt sich auf diesem Wege der Kreisjugendwart Michel Görke bei allen, die erneut ehrenamtlich an diesem Samstag mithalfen. Ohne diese Hilfe hätte die Abnahme nicht stattfinden können.

N. GLOEDE

Zum Gedenken an Eberhard Paul

von Johannes Madeja

Wer war Eberhard Paul? War er allgemein bekannt, gar berühmt? Ist er hochdekoriert? War er ein großer Wohltäter, ein Stifter? War er ein beliebter Journalist oder gar Buchautor? War er Sänger, Musiker, Künstler? Nein, das war er alles nicht. Er war ein Mensch, ein Bürger wie du und ich und Millionen Menschen in unserem Land.

Als er nach der »Wende«, wie so viele andere auch, seinen Arbeitsplatz als Fernmeldetechniker verlor, schlug er sich zunächst mit »Jobs« durch. Er engagierte sich z.B. für Menschen mit Behinderungen. Stück für Stück wagte er den Schritt in die Selbständigkeit. Er eröffnete einen Handel mit Naturprodukten und betrieb ein Unternehmen, in dem er leere Tintenpatronen und Tonerkassetten für Drucker neu füllte und so eine Wiederverwendung ermöglichte. Naturverbundenheit und Müllvermeidung durch langen, bestimmungsgemäßen Gebrauch – davon konnte er mit seiner Frau leben, nicht üppig, aber es reichte für ein bescheidenes Auskommen.

Es war logisch, daß das Wort Abwasser für ihn ein Fremdwort war. Auch Wasser wurde bei Eberhard Paul recycelt – so heißt das auf neudeutsch – d.h. im Kreislauf gefahren. Dazu betrieb er eine eigene Wasseraufbereitung auf seinem Grundstück in Petershagen und natürlich hatte er auch einen eigenen Trinkwasserbrunnen. Das Wasser, »sein« Wasser, war nicht nur preiswerter, sondern auch besser als das, was ihm sein Wasserverband verkaufen wollte. Nicht einmal sein Hund wollte das Leitungswasser saufen! Deshalb kündigte er den Bezug von Wasser und nutzte fortan sein eigenes Wasser so lange, bis es »alle«, d.h. verbraucht und verdunstet war.

Damit war jedoch der Konflikt mit dem Wasserverband vorprogrammiert. Der wollte ihm nämlich Wasser verkaufen und wollte Geld haben für die Rücknahme von verunreinigtem Wasser, sog. Abwasser. Dabei berief er sich auf einen angeblich bestehenden Anschluß- und Benutzungszwang.

Wer Gesetze lesen und verstehen kann – Eberhard Paul konnte das – der weiß, daß der Anschluß- und Benutzungszwang eine »Kann-

bestimmung« ist. Um ihn geltend machen zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. So steht es in § 12 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Zweckverbände und Landesregierung und Gerichte mögen es gar nicht, wenn Bürger so gut lesen können wie z.B. Eberhard Paul. Sie »interpretieren« Gesetze so wie sie es gerne hätten und dabei wird schon mal der Gesetzestext ins Gegenteil verkehrt, zumindest aber sinnwidrig entstellt (der Fachbegriff hierfür heißt »Rechtsprechung«) – immer mit dem Ziel, den Bürger schröpfen zu können, vorzugsweise ohne Gegenleistung.

Eberhard Paul hatte seinen Trinkwasserbezug gekündigt und den entsprechenden Anschluß stillgelegt, so daß eine Entnahme von Wasser aus dem öffentlichen Netz nicht mehr möglich war. Der Wasserzähler hatte so seinen Sinn verloren und Eberhard Paul hat deshalb den Zweckverband zur Demontage und Entfernung aufgefordert. Das hat dem Verband nun gar nicht gefallen, denn er wollte ja allein für das Vorhandensein des Zählers Grundgebühren kassieren, auch ohne Wasser liefern zu können. Er setzte dazu den ganzen Machtapparat ein, den dieser Staat gegen uns Bürger bereithält. Die Instrumente heißen Mahnbescheid, Vollstreckungsandrohung, Vollstreckungsbescheid, Bußgeldverfahren, Zwangsgeld, Kontensperre, Kontenpfändung, Zwangsvollstreckung bis hin zur Erzwingungshaft. Die Vollstrecker heißen Zweckverband, Kreisverwaltung, Amtsgericht, Verwaltungsgericht, Sachbearbeiter für Vollstreckung und Gerichtsvollzieher, Staatsanwalt und Polizei.

Wer nicht physisch und psychisch bärenstark ist, also Nerven wie Stahlseile hat und ausreichend gelassen sein kann, der hält diesem Druck nicht stand.



Eberhard Paul, ein kluger Ratgeber für viele, die genau so dachten und handelten wie er, war offenbar nicht so stark, wie er uns allen schien. Die diversen Gerichtsverfahren, mit denen er drangsaliiert wurde, hatten seine Kraft überstiegen. Er brauchte dringend Ruhe und er hatte erkannt, daß der ganze »Knatsch« vor allem die Gesundheit seiner Frau überbeansprucht. Aus diesem Grunde hatte er sich entschlossen, einen Teil der Forderungen des Zweckverbandes, obwohl diese widerrechtlich waren, zu erfüllen.

Am 1. Dezember 2009 erschien eine Gerichtsvollzieherin und zog mit Geld wieder ab. Es war ein eigentlich lächerlicher Betrag von wenig mehr als 300 Euro. Aber das hatte Eberhard Paul doch arg mitgenommen und »gewürgt«. Er setzte sich an seinen Computer, um das Geschehen festzuhalten. Aber der Würgegriff hatte sein Herz erfaßt und ließ nicht mehr los. Mitten in der Arbeit hörte sein Herz auf zu schlagen. Er brach lautlos zusammen und als ihn seine Frau fand, war es für jede Hilfe zu spät. Das ist nun schon fünf Jahre her.

Eberhard Paul war tot – erschlagen, erschossen, erstochen, vergiftet! Nein! Das alles trifft nicht zu! Die Vollstrecker – Mörder dürfen wir sie nicht nennen – hatten »feinere« Waffen. Sie haben ihr Ziel erreicht. Einen ihrer klügsten, also unbequemsten Gegner waren sie los. Aber dieser Sieg ist dem Sieg des berühmten Pyrrhus vergleichbar. Sie sind von ihrem Ziel, eine willfährige, beliebig manipulierbare Masse Bürger, weiter entfernt als je zuvor! Viele, die von Eberhard Paul gelernt haben, sind nun an seine Stelle getreten. Sie heben mahnend die Hand und fordern Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit. Sie wollen den Rechtsstaat!

Leider dürfen sie von der – nun neu gewählten – rot-roten Landesregierung in dieser Richtung nichts, jedenfalls nichts Gutes, erwarten, aber die Bürgerbewegung hat mit ihren drei Landtagsabgeordneten nun eine Stimme im Landtag – und diese Stimme wird hörbar sein und stärker werden!

Eberhard Paul gehört zu den Wegbereitern. Wir danken ihm und ehren sein Andenken.

Lichterketten für den Potsdamer Platz

Eberswalde (bbp). Bereits im Januar hat der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel ein Budget in Höhe von 3.000 Euro für Veranstaltungen im Viertel genehmigt. Davon wurden 500 Euro für die Ferienveranstaltung »Spielhits für schnelle Kids!« verausgabt. Der Rest von 2.500 Euro blieb für den 11. Kiez-Weihnachtsmarkt am 14. Dezember reserviert. Dessen Budget liegt damit deutlich unter der Summe, mit der im Vorjahr gewirtschaftet werden konnte.

Der Kiez-Weihnachtsmarkt findet in diesem Jahr erstmals im Freien auf dem Potsdamer Platz statt. Der externe Quartiersmanager Jan Schultheiß, vorher als Eisenbahnstraßen-Manager tätig, brachte die Idee ein, die Bäume des

Potsdamer Platzes ähnlich der Allee an der Eisenbahnstraße durch Lichterketten weihnachtlich zu gestalten. Insgesamt sollen 17 Bäume sowie die Weihnachtstanne eine Beleuchtung erhalten. Auf einer Sondersitzung am 1. Dezember hat der Sprecherrat die benötigten 3.794,20 Euro bewilligt. Die Installation wird durch Mitarbeiter des Bauhofs und der Berufsfeuerwehr realisiert. Die Kosten für den Stromverbrauch sind durch die Verwendung von LED-Leuchten sehr gering und werden aus dem Budget für die allgemeine Straßenbeleuchtung finanziert. Die Weihnachtsbeleuchtung wird auch in den kommenden Jahren für die Gestaltung des Potsdamer Platzes zur Verfügung stehen.

Bedrohte Wasserwege

Symposium am 9.2.2015

Eberswalde (bbp). Der Verein

Unser Finowkanal e.V. veranstaltet am 9. Februar 2015 ein ganztägiges Symposium zum Thema »Bedrohte Wasserwege«. Es werden Referenten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum erwartet. Veranstaltungsort ist der Plenarsaal im Kreishaus. Das Thema »Bedrohte Wasserwege« definiert der Verein wie folgt:



• *Es soll sich um Wasserwege handeln, die von Mittelkürzungen bedroht sind, da sie für die Ministerien »nur noch« historisch-touristischen Wert haben. Die Wasserwege dienen heute nicht mehr dem kommerziellen Güterverkehr (Mischformen kann man evtl. einschließen)*

• *Die Wasserwege sind dadurch gekennzeichnet, daß historische Bauwerke deren Nutzung einstmals für den Transport von Gegenständen (z.B. Floßholz, Fracht) und/oder Personen nutzbar gemacht haben (Schleusen, Wehre) oder Antriebskraft für Kleinindustrien lieferten (Wassermühlen, Schiffsmühlen etc.).*

• *Es gibt dort Gruppen von Menschen/Vereine, Initiativen, die sich aktiv um den Erhalt dieser Wasserwege/Bauwerke bemühen,*

• *Wir wollen vorerst im deutschsprachigen Raum bleiben.*

Auf der Messe boot & fun

Die Region Finowkanal war in diesem Jahr zum ersten Mal mit einem eigenen Messestand auf der Bootsmesse *boot & fun* vertreten. Durch die tatkräftige Unterstützung der MST Touristikflößerei und Marina Oderberg konnte die Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal mit einem eigenen Stand an der Messe teilnehmen. Die wassertouristischen Anbieter der Region Finowkanal konnten hier ihre vielfältigen Angebote vorstellen.

In der Saison 2015 wird der Lange Trödel, Teilabschnitt des Finowkanals, nach umfangreichen Baumaßnahmen eröffnet. Intensiv wird noch an den Brücken und der neuen Schleuse in Zerpenschleuse gearbeitet. Die durchgehende Befahrbarkeit des Finowkanals für Motorboote von Liebenwalde bis Liepe wird so möglich gemacht und das Wasserwandergebiet um ca. 10 km erweitert. Auf dem KAG-Stand war das entsprechende neue Informationsmaterial zu finden, wie der Wasserwanderführer für den Finow- und Werbellinkanal sowie das Faltblatt Finowkanal. Auch das aktualisierte Reisemagazin 2015 der WITO GmbH bietet umfassende Informationen zur Region Barnimer Land. Das steigende Interesse an der Wasserwanderregion Finowkanal belegen die wachsenden Schleusenzahlen, die in der Saison 2014 fast 17 000 Schleusungen erreichten. Das erhoffen sich alle Beteiligten ebenfalls für die Saison 2015.

DORIS ANGELOV, KAG Region Finowkanal

Aufräumaktion am Waggonaufzug

Fast 40 Helfer folgten am 15. November der Einladung des Vereins Unser Finowkanal e.V. zur Aufräumaktion am Waggonaufzug der ehemaligen Hufnagelfabrik am Finowkanal.

Junge und alte Menschen aus der Region, darunter die teils aus Schwedt, Wriezen, Bad Freienwalde und Finowfurt angereisten Geocacher bewiesen mit ihrem Einsatz am Waggonaufzug ihre Wertschätzung für die Industriedenkmale der Kreisstadt, unter denen der Waggonaufzug zweifellos eines der prominentesten darstellt.

In dem mehrstündigen Einsatz sammelten die freiwilligen Helfer mehrere LKW-Ladungen Müll aus dem Umfeld des Waggonaufzugs, den die Firma Borsig vor etwas mehr als 100 Jahren dort für die Hufnagelfabrik errichtete. Diese ernährte an dieser Stelle einst 1.400 Eberswalder Arbeiter mitsamt ihren Familien.

Hand in Hand mit den freiwilligen Helfern der Initiative Unser Finowkanal e.V. beteiligten sich Mitglieder des Eberswalder Amtes für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste, des Heimatvereins, der Feuerwehr Eberswalde, zahlreiche Geocacher und etliche Helfer aus der Bevölkerung an der Aktion.

Die Initiative Unser Finowkanal e.V. untersucht zurzeit die Möglichkeit, dem Waggonaufzug eine weitere ihrer Infotafeln zu widmen, nachdem sie bereits am 4. November mit einer Infotafel den Touristen und Bürgern der Stadt Eberswalde die Bedeutung der Borsighalle vermittelte.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT



Ein Blütenmeer am Potsdamer Platz

Eberswalde (bbp). Im nächsten Frühjahr werden die Rasenflächen am Potsdamer Platz zum Blütenmeer. Dazu wurden am 25. November 5000 Frühblüher und 500 Tulpenzwiebeln gepflanzt. Sogar das RBB-Fernsehen berichtete über die Pflanzaktion am Potsdamer Platz »*mitten in Eberswalde*«.

Ein Dutzend Lehrlinge der Bildungseinrichtung Buckow e.V. unter Leitung ihres Ausbilders Dieter Busch brachten die Knollen in die Erde. Am Vormittag bekamen sie Unterstützung durch Schülerinnen und Schüler der Grundschule Schwärzese, die extra »pflanzfrei« bekamen.

Die Grundschüler steckten Zwiebeln der Wildtulpe (*Tulpina sylvestris*) in die Erde. Diese niedrig wachsende Wildform der Tulpe blüht im April und Mai in leuchtend gelber Pracht. Die *Tulpina sylvestris* stammt ursprünglich aus Südeuropa (Sizilien, Griechenland), Nordafrika und der Türkei. Als »Weimbergtulpe« wurde sie im 16. Jahrhundert von Italien aus als Zierpflanze nach Mitteleuropa eingeführt. Im Laufe der Zeit verwilderte sie. *Tulipa sylvestris* ist die einzige in Deutschland wild vorkommende Tulpenart. Meist blüht sie hier nur an besonnten Standorten, wie die Grünflächen am Potsdamer Platz. In freier Natur kommt die Wildtulpe seit der Intensivierung der Landwirtschaft immer seltener vor. Daher steht sie als

»*stark gefährdet*« in der Roten Liste. Neben den Grundschulern unterstützten auch Bewohner des »Seniorenparcs Barnim« am Potsdamer Platz und Vertreter ortsansässiger Vereine und Institutionen die Pflanzaktion. Im März und Juni war auf zwei Workshops die Frage diskutiert worden, wie der Potsdamer Platz »zu einem Platz für alle« werden kann. Damals wurde auch die Idee geboren, die Grünflächen am Platz in ein Blütenmeer zu verwandeln.

Die beiden Workshops zum Potsdamer Platz kosteten insgesamt 5.787,15 Euro. Sie stammen aus dem Programm »Soziale Stadt« über das in diesem Jahr auch rund 7.500 Euro für Umsetzungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Darauf wurde jetzt für die Pflanzaktion zurückgegriffen.

Der Vorsitzende des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen Dietmar Ortel (CDU) hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, die Ideen und Anregungen der Einwohner »auch bei den Planungen zum Haushalt 2015« zu berücksichtigen.

Antisemitismus in DDR und Linkspartei?

In nahezu regelmäßigen Abständen wird von Politikern und Medien die Behauptung aufgestellt, daß es in der DDR Antisemitismus gegeben habe, der auch in der Linkspartei noch weiterexistiert. Dazu kann man nur feststellen, daß Lügen nicht zur Wahrheit werden, wenn man sie ständig wiederholt.

Wahr ist, daß sowohl im Politbüro der SED als auch im Ministerrat der DDR als den entscheidenden Gremien der Macht Juden stark vertreten und in verantwortlichen Funktionen tätig waren. Von den verhältnismäßig wenigen Mitgliedern des Politbüros waren drei Juden. Dazu gehörten Albert Norden als Verantwortlicher für Agitation und Propaganda, Hermann Axen als Zuständiger für die Außenpolitik und Horst Sindermann, der zeitweilig auch Ministerpräsident und Präsident der Volkskammer war. Langjährige Stellvertreter des Ministerpräsidenten waren die Juden Grete Wittkowski als Verantwortliche für Handel und Versorgung sowie Alexander Abusch zuständig für Kultur.

Wenn ich bei den bisherigen Bundesregierungen in der BRD nach Juden in verantwortlichen Funktionen Ausschau halte, so kann ich niemanden finden. Es fällt mir leider nur der Name von Staatssekretär Globke als enger Vertrauter Adenauers ein. Er war allerdings kein

Jude sondern der Verfasser der Judengesetze unter Hitler.

Weder im Programm noch in der Politik der Linkspartei ist Antisemitismus erkennbar. Deshalb greift man gezielt zu einem Trick. Wenn beispielsweise Politiker der Linkspartei die israelische Regierung für den unverhältnismäßigen Krieg in Gaza kritisieren, so wird das gern gleich als Antisemitismus eingestuft. Jeder real denkende Mensch unterscheidet aber grundsätzlich zwischen der israelischen Regierung und dem israelischen Volk und dabei vor allem dem Antisemitismus.

Allerdings hat diese Haltung auch moralische und menschliche Grenzen. So halte ich es für falsch, wenn einzelne Bundestagsabgeordnete der Linken Kritiker der israelischen Regierung in die Fraktion einladen, die Israel mit Nazi-Deutschland vergleichen.

Mehr Wahrheit und Sachlichkeit wäre wohl bei diesem sensiblen Thema unserer Vergangenheit angebracht. Die jüdische Geschichte und vor allem die Verbrechen der Nazis am jüdischen Volk verdienen Achtung gegenüber dem jüdischen Volk und sind nicht für eine Instrumentalisierung parteipolitischer Absichten geeignet.

Dr. HELMUT KOCH

Was der Schleimredner vergaß

Sogenannte demokratische Wahlen sind in der BRD etwas besonderes. Sie unterscheiden sich von anderen demokratischen Wahlen. Das gilt speziell, wenn ein unerwünschtes Resultat herauskommt. Man denke dabei in jüngster Zeit an den Volksentscheid über die Zugehörigkeit der Krim zu Rußland. Da hier ein unerwünschtes Resultat das Ergebnis war, wurde der Volksentscheid seitens der BRD schlicht und einfach für undemokratisch erklärt.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen ging das nicht, man kann schließlich nicht die eigenen Spielregeln für undemokratisch erklären. Also bleibt nur noch, den unerwünschten Gewinner der Wahl als nicht demokratiefähig zu bezeichnen. Der oberste Demokratiehüter tat das dann auch sogleich.

Die Vorsitzende der Partei Die Linke sagte, das gehöre sich nicht. Der Oberdemokrat hatte nämlich öffentlich das Demokratieverständnis der Partei Die Linke abgestritten. Für einen Außenstehenden erklärbar, weil der BP bei seinen Schleimreden oft Haß gegenüber den Ostdeutschen erkennen läßt. Vergessen hat er nur, daß der nächste Thüringer Ministerpräsident, den er angreift, gar kein Ostdeutscher ist und die beiden Vorsitzenden der Partei Die Linke nie Mitglied der SED waren.

Aber seine Gedächtnislücken sind noch größer. Erinnern wir uns, als er den Gegenkandidaten zu der zornig werdenden und weinerlich wirkenden politischen Witzfigur Wulff darstellte. Da suchte er plötzlich den Kontakt zur

Partei Die Linke, um dort um Stimmen für seine Wahl zum Bundespräsidenten zu betteln.

Über ihn gibt es viele Bücher und Zeitungsartikel, die hier nicht alle erwähnt werden können. Vieles von dem ist noch nicht aufgearbeitet. Aber bekannt ist, daß am 6. November 1989, als die Bürger in Leipzig und Rostock protestierten, er sich, als privilegierter DDR Bürger, im Westberliner Ortsteil Lankwitz aufhielt. Er mutierte erst zum Bürgerrechtler als es keine Gefahr mehr für ihn durch die Staatsmacht der DDR geben konnte. Ein solches Verhalten nennt der Volksmund Feigheit.

Bekanntermaßen gibt es das Stasi-Unterlagengesetz (StUG), die neue Bibel von ihm. Danach entscheidet allein die Sichtweise des MfS als aktenführende Stelle, wer Betroffener oder Begünstigter war. Folglich legte auch die Gauck-Behörde fest, wer Täter und wer Opfer war. Der Aktenlage nach plante das MfS für ihn nach seiner Anbiederung an dieses Ministerium eine Tätigkeit als IM. Sogar der Deckname »Larve« war für ihn schon reserviert, nur der Zusammenbruch der DDR verhinderte seine weitere Zusammenarbeit mit dem MfS.

Bleibt eigentlich nur noch zu bemerken, was bei den Amerikanern der Traum des Aufstiegs vom Tellerwäscher zum Millionär ist, hat er in der BRD mit seinem Aufstieg vom kleinen potentiellen Stasispitzel zum obersten Häuptling des Spitzel- und Überwachungsstaates realisiert – irgendwie toll.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER

Ossi ist nicht gleich Ossi

Herzlichen Glückwunsch! »Einmal Ossi, immer Ossi!« Das war doch mal 'n Beitrag, bravo! Da haben sie es den Merkel & Co. Wählern und den Anhängern der rosarotgrünellen Einschleimparteien hier im Osten ja mal so richtig gegeben.

Viele Ossis – bleiben wir mal bei den von Westberlinern erfundenen Bezeichnungen »Ossi« und »Wessi« – haben die DDR geliebt, trotz ihrer Unvollkommenheit. Sie haben 1989/90 keine Jubeltänze veranstaltet und sie müssen nun bereits seit 25 Jahren täglich das Gestülze der »Sieger der Geschichte« über sich ergehen lassen. Außer der permanenten Hetze über die DDR (in der BRD lief ja alles wie geschmiert) hört, liest und sieht man nur noch Schreckliches wie Kriegsberichte, Aufrüstung, Flüchtlingsmeldungen, Börsenkloake, Seuchen, Kirchenvereins-Blabla, Rettungsschirme, Hunger, Klimaschmutz, Staatsbankrotte, Gipfeltreffen, Russenhetze, soziale Unruhen und das alles mit steigender Tendenz.

Vor 25 Jahren war die Welt noch friedlicher. Und daß wir uns als neue deutsche Bundesbürger wieder mit sozialen Problemen herumschlagen müssen, die wir in der DDR längst gelöst hatten, ist die Härte, oder richtiger gesagt, ein Schritt zurück in die Steinzeit. Seit 25 Jahren sozialer Krampf und keine Aussicht auf Verbesserungen. Toller Sozialstaat ...haha!

Ostler kannten keine extra Bio-Läden, das stimmt. Hier gab es nämlich frisches Obst und Gemüse an jeder Ecke und zwar aus der Region natürlich entsprechend der Saison. Ja und im Dezember hat man sich über »die ersten« Pfefferkuchen usw. gefreut und es gab endlich mal Bananen und Apfelsinen. Das war etwas Besonderes und das war gut so.

Bescheidenheit ist eine Zier und Überfluß versaut den Charakter. Was wir nicht kannten, waren Verpackungsmüllberge, Papiergebirge aus Konsumwerbung, Bettler, Streiks, Naziaufmärsche, Polizeiknüppel, Tränengas und Wasserwerfer gegen das eigene Volk, lächerlichen Wahlkampf-Rummel, ätzenden Behördenkram, Insolvenzen, Existenzängste, Null-Bock-Jugend, Heroin usw. Übrigens, in der DDR war nicht alles so grau, wie es euch Medienopfern immer wieder suggeriert wird. Die BRD war 1990 mit ca. 192 Milliarden fast elfmal höher verschuldet als die DDR. Heute sind es bereits 2 Billionen Schulden. Das ist der Preis, um das blühende bundesdeutsche Land immer wieder schön aussehen zu lassen. Äußerlichkeiten sind sehr wichtig für Plattnasen.

Keine Sorge werde Hirnverheerer, es gibt reichlich Zeitzeugen die ihre Erlebnisse für die Nachwelt aufschreiben und das sind ganz sicher nicht nur die Geschichtsverdreher der jetzt Herrschenden.

Irgendwann, wenn die Karre festgefahren ist, wird man nach Alternativen suchen und sich erinnern. Je früher, desto besser. Aus Fehlern kann man lernen.

SCHRAMMEL-ECKE

So senden wir auf jeden Fall was Neues übert den Mauerfall ...

Als ich zum gefühlte zweihundertsten Male »ist Ihrer Ausreise...« und »... nach meiner Kenntnis sofort...« gehört und die Herren Genscher und Schabowski gesehen hatte, begriff ich: Das Westfernsehen muß seinerzeit nicht nur die Sendeanstalten des Ostens übernommen haben, sondern auch Spezialisten aus der Chefetage zu Adlershof. Und zwar jene, die als Macher der Parteitags- und Festaktsprogramme einschlägige Erfahrungen gesammelt hatten in der Übersättigung der Bürgerinnen und Bürger.

Dem angeödeten und in Grund und Boden agitierten Ossi blieb allerdings, sofern er nicht im Tal der Ahnungslosen wohnte, die Gelegenheit, auf die Westkanäle auszuweichen. Heutzutage und in Sonderheit in den langen Wochen vor dem Jubiläum des Mauerfalls kann und konnte er hin und herschalten so oft er will – weder dem Prager Verkünder noch dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED wird er entkommen. Und auch keiner der Dokumentationen, Interviews, Rückblenden, Spielszenen und Zeitzeugenerinnerungen, die alle Programme bewimmelten. Ach – hätten sich die Herren Intendanten doch ein paar Psychologen geleistet, die ihnen plausibel gemacht hätten, daß Trommelfeuer taub, Stereotype trotz und Endlosschleifen immun machen. So aber ist, um Brecht zu zitieren, eine große Sache in viel zu kleine Hände geraten. Allein der heiter-tragisch-ironische Film über den couragierten Genossen Oberst von der Bornholmer Brücke ragt aus dem inflationierten Einerlei heraus.

Daß ein namhafter Kabarettist, als verblüffter und gehässig gemachter Ossi maskiert, sich vor das Mikrofon stellt, sorgsam nach links, rechts und hinter sich blickend, drauflosmurmelt: »Hätt ich das geahnt, hätte ich meinen Ausreisantrag zurückgezogen...« deutet an, wohin medialer Ubereifer führt.

Nun fällt der Jahrestag mit einem Vorgang zusammen, in den sich der »Küstenjesus« Gauck wenn auch amtswidrig, aber doch zur rechten Zeit einmischte. In aller Unschuld und Neutralität.

Die Lage ist verwickelt, denn ein Wessi, Gewerkschafter mit ehrenwerter Vita und noch dazu Katholik, gar verehelicht mit einer Adligen, bewarb sich als Ministerpräsident. In Thüringen. Und da, wo das grüne Herz Deutschlands schlägt, wird der wilde Bodo demnächst all das Gehabte reanimieren – von den Ulbricht-Ecken in den Schulen über die Einführung einer eigenen Währung einschließlich Zwangsumtausch bis zur Errichtung von Stalinmonumenten in allen Kreisstädten.

Und er wird dafür sorgen, daß das Geburtshaus von Herbert Roth abgerissen wird. Wenn und weil all das droht, darf der – wie er sich gern nennen läßt – »unbequeme« Gauck schon mal Bedenken äußern, der Gute.

Die mit den Feierungen des Mauerfalls und der Wende, die amtlich Friedliche Revolution heißen muß, befaßten Sender hatten keine Mühe, Zeitzeugen zu mobilisieren, die glaubwürdig über die Erlebnisse im rechtens verendeten Arbeiter- und Bauernstaat erzählten.

Wer fühlte nicht mit der Mutter, der der Sohn am antifaschistischen Schutzwall abgeknallt wurde; wo ist der, der die Anheuerung von Achtklältern für die Bespitzelung ihrer Lehrer entschuldigen kann; wem läuft nicht die Galle über angesichts der brüllenden Hilde Benjamin, deren Intellekt hätte ausreichen müssen, sich nicht wie Freisler zu gebärden?

Mühseliger allerdings war es, Leute vor die Kameras und in die Talkshows zu kriegen, die bereit waren, den Linken im Lande zuzugestehen, daß sie sich konsequent und fast schon gebetsmühlenartig von dem flächendeckenden Unrecht in der DDR distanzieren, das von der SED erraffte Vermögen dem Gemeinnutz übereignet und sich von Grund auf erneuert hat – freilich ohne den Idealen einer gerechten, freien und chancengleichen Gesellschaft abzuschwören, die die DDR-Partei vor die Hunde gehen ließ.

So war es das gleiche halbe Dutzend, das den roten Erbfeind mit in die Freiheit genommen hatte und sich willig von Kanal zu Kanal weiterreichen ließ. Jedweder Relativierung unfähig, bewußt auf die Kenntnisnahme des komplizierten und konsequenten Wandlungsprozesses der Linken verzichtend – und also lügend – und reichlich gerüstet mit Vokabular des Hasses gossen sie ihre Schmähungen aus über die, die sie schon mehrfach totgesagt hatten. Ach – hätten der verkniffene Werner Schulz, der abgebalfterte SPD-Mann Hilsberg, der stets frisch aus der Dauerwelle kam, wenn er die Studios betreten durfte, die Journalistin Geipel oder die Mimin Sass Thomas Mann gelesen und sich am Pastor Schorlemmer, der ein wacher und kritischer Bürgerrechtler geblieben ist, ein Beispiel genommen. »Haß darf kein Lebensprinzip sein, denn er macht blind«, schrieb der eine, und »Ignoranz gegenüber der Linkspartei und deren konstruktiver demokratischen Engagiertheit setzt Intoleranz voraus«, sagte der andere.

Einer – na wo isser denn? – durfte nicht fehlen, wenn es gilt, sich in Szene und den Bolschewisten zuzusetzen. Da der kecke und bitter-fröhliche Quälgeist der SED-Oberen längst in die Umarmung der Großkopften und -Innen der CDU geflohen ist, bedurfte es nur eines abgekarteten Stegreifspiels mit dem Parlamentspräsidenten, und schon war der zum Ignoranten gewordene Wolf Biermann von der Leine und giftete wie bestellt wider die Linke. Einmal mehr erwies sich, daß der einsame alte Wolf sich sauwohl fühlt als Nützling einer Machtkonstellation, für die er mal, ein paar Tage nach seiner unerhörten und unerhört hinterlistigen Ausbürgerung, harte Worte fand. »So bin ich vom Regen in die Jauche gekommen...« sprach er seinerzeit.

Zu meinen bibliophilen Raritäten gehört eine Kopie seiner »Drahtnarfe«, gelbes Durch-

schlagpapier, hellblaue Buchstaben, angefertigt von der Frau meines Freundes Gerd Fröbe und mir leichtsinnigerweise mit der Deutschen Post der DDR überbracht. Genau das, was wir dachten und klammheimlich diskutierten, fanden wir da wieder. Es tat gut, die schelmischen Balladen und die elegischen Ermunterungen zu lesen – der Mann war ein Steher und mutiger als wir alle.

Für das, was er seither verkündet, braucht es weder Mut noch Wagehalsigkeit, aber viel an Selbstgefälligkeit und Tunnelblick. Wohl zu lange war dieser Wolf Biermann nicht in den Schlagzeilen, nicht mal in den Seiten für Kurioses zu finden.

Als guter Vermarkter seiner selbst war ein »Ereignis« fällig, das, wie es selbst Klaus Wowereit erkannt hat, ihm nützlich war. Es kommt nicht so oft vor, daß die Kanzlerin und ihr Vize einen »Protestsänger« umhalsen – aber es passierte nach der peinlichen Szene, und Wolf Biermann genoß es ausgiebig.

Als Stefan Heym, der nicht einäugig gewordene große alte Mann der DDR-Literatur, ebenso gemaßregelt und schikaniert in der DDR wie W.B., aber unverführt bei seinen Idealen bleibend, vor ein paar Jahren als Alterspräsident im Hohen Hause sprach, verweigerten alle christ- und Frei»demokraten« und fast alle Abgeordneten der SPD dem ehrenwerten Mann den Beifall und blieben demonstrativ auf ihren Gesäßen hocken.

Denn – der weltberühmte Schriftsteller, der sogar für den Nobelpreis im Gespräch war, wurde über die linke Liste zum Abgeordneten gewählt, trat also als Sendbote des Teufels auf. Da darf man denn wohl von seiner eigenen Gewissenlosigkeit, der gewollten Vergeßlichkeit und seiner windschnittigen Gesinnung Gebrauch machen. Pfui Deibel!

Was Biermann angeht, so sollten die Geschmähen nicht in Zorn verfallen, wenn Emotionen, dann eher Gefühle des Mitleids, ähnlich denen, die man empfindet, wenn jemand in Wirrnis verfällt.

Gewiß, Biermann hat seine Sinne im wesentlichen beisammen. Daß er sich jedoch als Personifizierung des Drachentöters St. Georg zu begreifen beginnt, sollte nicht ignoriert werden. Es könnten erste Symptome eines speziellen psychischen Leidens sein, das dem alten Barden erspart bleiben möge.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Barnimer Umweltpreis 2014 verliehen

Am 20. November haben Bündnis 90/Die Grünen zum 19. Mal den Barnimer Umweltpreis verliehen. Die Ehrenurkunden und Preisgelder für besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz überreichten Andreas Fennert, Stellvertreter der Fraktionsvorsitzender im Eberswalder Stadtparlament und Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, und Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim der Grünen. Der Preis ist mit insgesamt 750 Euro dotiert, wofür Andreas Fennert seine Aufwandsentschädigung aus dem Aufsichtsrat der WHG zur Verfügung stellt.

Den 1. Preis, verbunden mit einer Prämie in Höhe von 250 Euro, erhält das Projekt »Saftstraße Eberswalde« der Energie- und Kulturwendebewegung »WandelBar«. Das Projektteam um TOM ZAHLMANN, DOROTHEE LAMPERT und CLAUDIA UHLMANN hat eine »Saftstraße«, bestehend aus Waschanlage, Presse und Pasteuriserer selbst gebaut und bietet an, damit regionales Obst gemeinsam zu verarbeiten. Dazu wurden bereits zahlreiche Safttage in Eberswalde und Umgebung durchgeführt, zu denen alle Bürger eingeladen waren. Auch den Ernte-Dank-Markt haben sie mitgestaltet. Den Initiatoren geht es vor allem auch darum, bisher ungenutztes Obst von nicht beernteten Apfel- und Birnbäumen gemeinschaftlich zu verarbeiten. Die Saftpresse bauten die Gruppenmitglieder mithilfe eines offenen Bauplans aus dem Internet, nach dem sogenannten Open-Hardware-Prinzip. Der Plan wurde von ihnen sogar weiterentwickelt und wiederum anderen zugänglich gemacht.

Mit dem 2. Preis und einem Preisgeld in Höhe von 150 Euro wird die BÜRGERINITIATIVE »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« ausgezeichnet. Seit nunmehr sechs Jahren arbeitet die Initiative beharrlich und mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement dafür, eine 380 kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, den Naturpark Barnim, Vogelschutzgebiete und die Stadt Eberswalde zu verhindern. Dazu organisierte die BI zahlreiche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, leistete Aufklärungsarbeit,

sammelte Unterschriften und Spenden, engagierte Fachgutachter und reichte gemeinsam mit Umweltverbänden eine Klage gegen das Projekt ein. Die BI stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Leitung oder den Netzausbau, sondern kritisiert die umweltschädliche und menschengefährdende Planung der Leitung. Alternative Trassierungen, teilweise Erdverkabelung, größere Mindestabstände zu Wohnbauungen wurden als Alternativen vorgeschlagen. Die BI konnte für ihre Arbeit viele Unterstützer gewinnen, so auch die Kommunen Eberswalde, Angermünde und die Ämter Britz-Chorin und Joachimsthal.

Den 3. Preis und eine Prämie in Höhe von 100 Euro erhält das Team des Hundetreffs »Bellodrom« Eberswalde unter Leitung von Dr. KARIN NICODEM. In ehrenamtlicher Arbeit beräumte die Gruppe ein ehemaliges Militärgelände in Eberswalde-Finow und richtete dort außer dem Hundetrainingsgelände auch eine »Natur-Tour« ein, auf der waldpädagogische Arbeit geleistet wird. Diese Möglichkeit nutzen bereits Schulklassen und andere Besuchergruppen. Die insgesamt 4 ha umfassende Fläche wurde von Altlasten befreit, Ruinen wurden gesichert, Biotop angelegt, 500 Bäume und Sträucher angepflanzt und ein fast 1.000 m langes Wegenetz instand gesetzt.

Mit einem Sonderpreis für sein Lebenswerk, verbunden mit einer Geldprämie in Höhe von 200 Euro, zeichnet die Jury MANFRED DUMKE (78) aus Lichterfelde aus. Der Naturfreund und Jäger begründet seinen Ort und die Umgebung seit nunmehr fast 50 Jahren. Allein, unentgeltlich und oft auf unkonventionelle Art und Weise pflanzte Manfred Dumke in dieser Zeit mehr als 1.000 Bäume und Sträucher. Er hegte, pflegte und wässerte sie. »Ich mache das, weil es uns allen nützt«, erklärt der Rentner dazu. »Bäume sind gut für das Klima im Ort, sorgen für Sauerstoff, spenden Schatten und erfreuen die Menschen.«

Mit einer Anerkennung geehrt werden die Junglandwirte ANJA und JANUSZ HRADETZKY aus Lunow-Stolzenhagen. Die beiden HNE-Absolventen gründen gerade einen Ökomilchviehbetrieb in Stolzenhagen. Neben dem engagieren sie sich im Bündnis Junge Landwirtschaft e.V. z.B. gegen Landgrabbing in der Region. Sie setzen sich für eine regionale Nahversorgung, ökologischen Konsum und die Zukunft ihres Dorfes ein. Ihr Konzept sieht vor, mit wesensgemäßer Milchviehhaltung Naturschutzflächen durch Bewirtschaftung zu erhalten.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Umweltbildung

Eberswalde (bbp). Die Stiftung Waldwelten erhält für ein »kleines Angebot« im Brandenburgischen Viertel eine Förderung der »Aktion Mensch«. Nach Auskunft von KARIN SIEGMUND von der Stiftung geht es dabei um »Umweltbildung für Kinder und ihre Familien«. Die Vermittlung des ehemaligen Ortsvorstehers des Brandenburgischen Viertels CARSTEN ZINN stellte nun den Kontakt zu PETRA BODEN, der Leiterin der Kita »Arche Noah« im Viertel her. »vielleicht kann unsere Waldgruppe davon profitieren«, sagte Petra Boden, »sie haben sehr aktive Eltern, die bewußt ihre Kinder in dieser Gruppe angemeldet haben«.

5. Tierschutzpreis ausgelobt

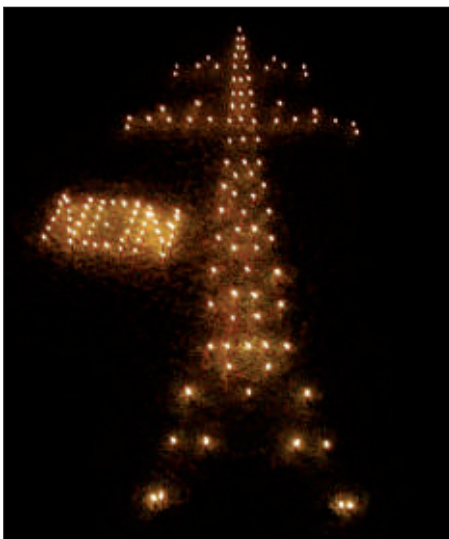
Eberswalde (prest-bar). Der Landrat des Landkreises Barnim lobt auch in diesem Jahr den Barnimer Tierschutzpreis aus. Noch bis Mitte Dezember können Vorschläge dazu eingereicht werden.

»Wir wollen mit dem Preis die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer würdigen, die sich kontinuierlich für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere einsetzen«, erklärt Landrat Bodo Ihrke dazu. Das Preisgeld von 300 Euro soll an Barnimer Bürger oder Organisationen gehen, die besondere ehrenamtliche Leistungen für den Tierschutz erbracht haben. Einige Menschen im Landkreis kümmern sich um frei lebende herrenlose Tiere oder unterstützen die Arbeit von Tierheimen, indem sie sich mit den Tieren beschäftigen, Hunde ausführen oder Spenden sammeln. Wieder andere leisten praktische Hilfe für in Not geratene Tiere oder setzen sich gezielt für einen besseren Umgang von Menschen mit Tieren ein und werben dafür.

Vorschlagsberechtigt für den Tierschutzpreis des Landrates sind alle Barnimer Bürgerinnen und Bürger, sowie alle Vereine, Verbände, Behörden oder Einrichtungen, die sich mit Tierschutzthemen befassen. Selbstvorschläge sind nicht möglich. Die formlosen Vorschläge für den Tierschutzpreis müssen Angaben zur Person oder Institution enthalten und die Art des Einsatzes beschreiben.

Vorschläge können bis zum 15. Dezember 2014 beim Landkreis Barnim, Bereich des Landrates, Am Markt 1 in 16225 Eberswalde oder per eMail unter landrat@kvbarnim.de eingereicht werden.

Der Tierschutzpreis des Vorjahres wurde im Frühjahr an die Britzerin Evelyne Schulze verliehen. Evelyne Schulze betreibt auf ihrem Grundstück in Britz eine Igelstation und ist Mitglied im Arbeitskreis Igelerschutz Berlin e.V. Durchschnittlich nimmt sie jedes Jahr zwischen 20 und 40 Igel in Pflege und das schon seit fast 40 Jahren. Die Kosten für die untergebrachten Tiere (Fressen, Entwurmung, Tierarzt) trägt sie aus eigener Tasche. Zudem hält sie auch Vorträge an Schulen über die Tierart und deren Lebensweise.



Eindrucksvoller Freileitungsprotest in Leinburg bei Nürnberg. Das ist doch mal ein Weihnachtsgruß der besseren Art.

H.L.

Der Kongreß wird seine Essentials definieren, etwa so:

1. Das Prinzip »Menschliche Emanzipation. Aufhebung der Ausbeutung von Menschen durch das Kapital.«
2. Bewahrung unsrer kosmischen Heimat.
3. Sofortige Annullierung der Staatsschulden bei den großen Banken. Sofortige Kontrolle und rasche Enteignung der großen Banken.
4. Wieder-Einführung der Vermögenssteuer und Millionärsabgabe (vom DGB schon 2011 gefordert.)
5. Wiederherstellung der Bemessungsgrenze von 53 % für Einkommenssteuern.
6. Konsequente Verhinderung der Steuerflucht, auch der Steuerflucht, die durch Verlagerung von Unternehmensteilen ins Ausland begünstigt wird.
7. Sofortige Bereitstellung von erheblichen Mitteln für die Allgemeinbildung. Anerkennung der maximalen Klassengröße von 18 Schülern pro Klasse; Einstellung von genügend Lehrern und Herabsetzung der Stundenzahl der Lehrer. Gestaltung des Bildungsablaufs in den allgemeinbildenden Schulen nach dem Prinzip der Gesamtschule: Alle Schüler lernen bis zum Abschluss der zehnten Klasse gemeinsam. Dann entscheiden sie selbständig: Berufsausbildung oder gymnasiale Oberstufe? Wie einst schon Abitur generell nach 13 Jahren.
8. Sofortige Bereitstellung von Mitteln, um Familiengründern volle Existenz-Sicherung zu gewähren. Außerdem: Volle, zeitweilige finanzielle Sicherung für Mitbürger in Weiterbildung, in kulturellen Initiativen sowie in der Fürsorge für bedürftige Angehörige und Nachbarn.
9. Sofort beginnend, allgemeinverbindlich, mit ein- bis zweijähriger Einführungsfrist: 30-Stundenwoche mit vollem Personal- und Entgeltausgleich. Gesetzesanaloge Beschlüsse des Volks-Kongresses. Orientierungshilfen für die Erwerbstätigen: Ihnen war jegliche Orientierung durch die Parteien – auch durch PDS und Linkspartei – im Gegensatz zu ihrem Verfassungsauftrag verweigert worden.

Bundestagswahlen – und was dann? (Teil 14 und Schluß)

Was brauchen wir noch?

von Dr. Rainer Thiel

Einen gemeinsamen Wortlaut festzustellen »Der Wesensgehalt des Grundgesetzes« muß die erste Aufgabe eines Kongresses sein. Zugleich endet die jahrzehntelange Ära der Parteien: Sie hatten ja schon mal dem Kaiser die Kriegsfinanzen genehmigt. Sie hatten schon mal den Hitler ermächtigt. Danach hatten sie sich geschüttelt und bei der Willensbildung des Volkes »mitgewirkt«. Nun sind die Reichen reicher, die Armen sind ärmer, und die Erpreßbarkeit der Erwerbsfähigen ist ärger geworden. Nun möge ein Volkskongreß im Namen des Volkes wirken, die Parteien und das Parteien-Parlament auflösen, die Regierung beurlauben oder entlassen und die Funktion der Ministerien neu definieren.

10. Sofortige Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes von ca. 10 Euro pro Stunde. Da parallel die 30-Stundenwoche eingeführt wird, kommt es nicht zu neuer Erwerbslosigkeit.
11. Beginn der überfälligen Reform des Gesundheitswesens einschl. des Gesundheitsversicherungswesens. Einführung von Ärztehäusern und Polikliniken, um Vergeudung von Finanzmitteln zu überwinden und mehr Fürsorge zu gewähren.
12. Statt Fixierung auf »Terrorabwehr« und Waffenexport Fixierung auf friedliches Zusammenleben der Völker. Wiedergutmachung der Konsequenzen von Kolonialherrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Ländern der Dritten Welt. Wirtschaftliche Unterstützung beim Bau von Brunnen und Schulen. Im Rahmen der Diplomatie Unterstützung beim Abbau von Korruption und Bevormundung.
13. Garantierung der Rolle des Mittelstands, welcher der organisierenden Initiative und andauernden Rolle seiner Gründer entspringt und auf die Entwicklung der Mitarbeiter orientiert ist, besonders auf deren Mitbestimmung. Abwägung der Risiken des Übergangs in Groß-Unternehmen. Chancen für unternehmerische Personen, ihre Fähigkeit in den Dienst von vergesellschaftlichten Unternehmen zu stellen.
14. Klärung des Begriffes »Wachstum«. Welches Wachstum wollen wir und welches Wachstum wollen wir nicht?

Ich sehe mich im Konsens mit vielen Mitbürgern. Besonders gern hebe ich Konstantin Wecker hervor, seine Gesänge und seinen »Aufruf zur Revolte«, verfaßt zusammen mit Prinz Chaos II, erschienen im Verlagshaus Gütersloh, September 2013, im Internet herunterladbar. Und wie ich gerade mein Schlußwort suche zu »Bundestagswahlen – und was dann?«, finde ich bei den beiden Sängern auf Seite 49 das Wort eines dritten Sängers:

»Ich bin dafür,
den Ausfall zu wagen:
Zugbrücke runter,
den Rössern die Sporen.
Lanzen voran und ans Ufer sprengen.
Schon, damit später die fechtenden Enkel
Unsre verrückten Träume
besingen.«

(Franz Josef Degenhardt, Am Strom und bei der Lorelei, in: Die Lieder, S. 251)

Nur zwei Einwände: »Verrückt« sind unsre Träume nicht. Und was heißt hier später? Unsre Enkel müßten längst schon die Früchte genießen!!! Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Dr. habil. Rainer Thiel, Studium: 2 Jahre Mathematik und vier Jahre Philosophie. 3 Kinder, 5 Enkel. Forscher und Autor, 15 Bücher, darunter »Neugier, Liebe, Revolution. Mein Leben 1930 – 2010«. Engagiert in außerparlamentarischen Netzen.
www.thiel-dialektik.de, www.rainer-thiel.de

Rotfuchsveranstaltung



Am 8. November begab sich die Eberswalder »Rotfuchs«-Lesergruppe im Speiseraum der Freien Oberschule Finow »25 Jahre zurück in die Vergangenheit«. Als Referenten hatte sich die »Rotfuchse« Dr. Wolfram Triller eingeladen, der den 26 Veranstaltungsteilnehmern interessante Denkanregungen gab.

Warum ist das so?

Die Bundeswehr hat Truppenübungsplätze, wo die Soldaten ausgebildet werden, wie man Menschen tötet mit welchen Mitteln und Geräten, auch zum Zerstören von Wohnhäusern Dörfern oder Städten.

Nach ihren Einsätzen bleiben Trauer, Not und Flucht!

Es kommt auch vor, daß einige Soldaten dabei ums Leben kommen. Sie sollen ja auch bereit sein zum kämpfen und sterben, wie Herr Gauck sich schon geäußert hat. Deutschland richtet dafür einen Ehrenhain in der Nähe von Potsdam ein, da es ja schon etliche gefallene Soldaten gab, obwohl die »Heimat« in keiner Weise angegriffen wurde und auch von keiner Seite bedroht wird und wurde!

Die Steuergroschen fließen in Milliardenhöhe ununterbrochen in dieses »ehrenwerte« MORDSGESCHÄFT.

Nun gibt es aber noch eine andere WEHR. Die Feuerwehr. Die Feuerwehrfrauen und -männer, meist sogar ehrenamtlich, bei Übungen lernen sie, wie und wo überall in jeder Situation, Menschen und auch Tiere zu retten sind. Ebenso bei Verkehrsunfällen und Naturkatastrophen. Beim Retten von Menschen aus brennenden Wohnungen oder vor Ertrinken bei Überflutungen setzen sie ihr Leben ein. Meine Hochachtung vor diesen Menschen. Wo bleibt da die große öffentliche Anerkennung und Unterstützung des Staates?

ELISABETH MONSIG (90 J), Gartz

Eberswalder LINKE wählte neuen Vorstand

Die Mitglieder des Eberswalder Stadtverbandes der LINKEN haben am 15.11.2014 ihren neuen Stadtvorstand gewählt. Auf der öffentlichen Mitgliederversammlung im Bürgersaal des Bürgerbildungszentrums Amadeo Antonio wurden Sabine Stüber, Karin Wagner, Ralf Kaiser und Torsten Duckert als Mitglieder des Stadtverbandes gewählt. Der Eberswalder Stadtverband wird künftig von Michael Wolff geleitet. Spezieller Dank ging an das langjährige Stadtvorstandsmitglied und Geschäftstellenleiter Klaus Jürgen Fahrak. Seit 1990 aktiv für die Partei im Einsatz, wurde er zum Ehrenmitglied des Stadtverbandes ernannt.

Neben dem obligatorischen Rechenschaftsbericht des Stadtverbandes, welcher in den letzten zwei Jahren besonders durch die vielen Wahlkämpfe geprägt war, gab es einen ersten Bericht zur Tätigkeit der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde.

Einstimmung wurde eine Resolution zur Rettung und zum Erhalt des DB-Werkes in Eberswalde verabschiedet. Darin wird gefordert, die Entscheidung zur Schließung des Werkes rückgängig zu machen. Die Eberswalder LINKE ist zuversichtlich: Das DB-Werk Eberswalde kann und muß gerettet werden.

KARIN WAGNER

Ergänzung: Unerwähnt ließ Karin Wagner zwei weitere Anträge. Der Stadtvorstand schlug Verbesserungen für die Arbeit des künftigen Stadtverbandes vor. So sollen künftig viermal im Jahr Mitgliederversammlungen stattfinden.

Außerdem gab es einen Antrag der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« aus dem Brandenburgischen Viertel. Die Mitgliederversammlung sollte den Kreisvorsitzenden Sebastian Walter bitten, daß er seinen Antrag auf Parteiausschluß gegen drei Mitglieder der Basisgruppe zurückzieht. Walter lehnte dies allerdings strikt ab und schreckte nicht davor zurück, seine Ablehnung mittels dreister Lügen zu begründen. Der Antrag der Basisgruppe wurde daraufhin bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen von der Mehrheit der 31 anwesenden Stadtverbandsmitgliedern abgelehnt.

G.M.

Anmerkungen zu einem Parteiausschlußantrag

Offener Brief an die Landesschiedskommission der Partei DIE LINKE Brandenburg

Aus persönlichem Gespräch, aus der MOZ und in der Mitgliederversammlung der LINKEN am 15.11.2014 in Eberswalde habe ich erfahren, daß der Kreisvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, den Antrag auf ein Parteiausschlußverfahren für einige Eberswalder LINKE gestellt hat. Bitte gestatten Sie mir als Sympathisantin der LINKEN, als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde seit 1990, als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde 2008 bis 2013 und jetzt als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration für die Fraktion der LINKEN, einige Anmerkungen dazu.

Ist ein Ausschlußverfahren der richtige Weg, einige der linkesten LINKEN auszugrenzen?

Ist es nicht angesichts der heutigen Situation der LINKEN fatal, Linksdenkende und sich links Bekennende aus der Linkspartei ausschließen zu wollen?

Wir brauchen doch unbedingt unbequeme Weiterdenker, die die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft konsequent und rücksichtslos aufdecken.

Muß man sich nicht mehr denn je die Frage stellen, was linke Politik heute ist und wie sie sich von neoliberalen Auffassungen unterscheidet?

GERD MARKMANN, der seit der Wende mit seiner monatlich erscheinenden Zeitung »Barnimer Bürgerpost« vielen Linksdenkenden Raum gegeben hat sich zu artikulieren und der selbst mit kämpferischen linken Positionen dieses kleine Blatt unter schwierigen Bedingungen schon seit der Wende am Leben hält.

Der ver.di-Gewerkschafter und ehemalige Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde, CARSTEN ZINN, der immer streitbare, stets parteilich engagierte Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und gegen gesellschaftliche Mißstände. Der, der sich immer offen, ehrlich und energisch für die sozial Schwachen engagiert, auch um den Preis, damit nicht jedenmanns Liebling zu sein.

SEBASTIAN WALTER, der Kreisvorsitzende der LINKEN in Eberswalde, hat in seiner kritischen und sehr realistischen Wahlanalyse zur Landtagswahl 2014 sehr deutlich dargestellt, daß man auch im Barnim, wie versprochen, soziale Politik machen muß, d.h., linke Politik muß bei den Bürgern auch als links erkennbar und erlebbar sein. Er bekannte sich in der Gesamtmitgliederversammlung am 15.11.2014 dazu, daß die LINKE die Fehler der vergange-

nen Zeit bei sich selbst suchen müsse, daß man den Leuten nicht zugehört habe. Die vom Ausschlußverfahren Betroffenen haben in ihrem bisherigen Wirken genau diese Zielrichtungen in die Kommunalpolitik hineingebracht, stärker und überzeugender als manch andere.

Wenn Genosse GÖRKE (Vorsitzender der Brandenburger Linken – bbp) pressewirksam feststellt, es sei Zeit, die Fenster aufzureißen und Inspirationen von außen hereinzulassen, dann sollte man zuallererst über die verheerenden Luftzüge der neoliberalen LINKEN streiten und nicht Genossen ausgrenzen, die sich ehrlich linkssoziale Ziele auf die Fahne geschrieben haben, viele Linkswähler hinter sich wissen und vor Ort das Bild der LINKEN mitprägen (siehe Kommunalpolitische Leitlinien der LINKEN).

Einige linke Genossen haben den kritischen Bürgern nicht genug zugehört und sind wahrscheinlich in ungeduldige Positionen abgedrückt, ohne die Fehler bei sich zu suchen.

Natürlich hat das Zinn-Trio leider falsche Schlußfolgerungen aus langen innerparteilichen Auseinandersetzungen gezogen, aber nicht aufgegeben und für linke Ideale und Ziele weitergekämpft. Darüber müßte man weiter innerparteilich reden. Bisherige Ausgrenzungen haben einige Verunsicherungen bei den linken Wählern erzeugt. Aus innerparteilichem Streit entwickelte sich in Eberswalde ein »Unding«, daß zwei LINKE gegeneinander auf gleicher politischer Basis bei der Bürgermeisterwahl 2014 antraten. Die Wählerschaft der LINKEN wurde so desorientiert, daß der Bürgermeisterkandidat VOLKER PASSOKE kaum Unterstützung fand.

Für mich als Mandatsträgerin der LINKEN stellt sich die Frage, warum die vom Ausschlußverfahren Bedrohten in der Stadtver-

ordnetenfraktion der LINKEN keine Wirkungsbasis für ihre weitergehenden Vorstellungen gefunden haben.

Für einen Außenstehenden stellt sich die Frage, ob die Mitglieder der Fraktion auch politisch verantwortlichen Umgang gepflegt haben, oder waren die etwas linkssozialer Denkenden für diese nur hemmende Querköpfe?

GREGOR GYSI sagte einmal, daß die Linkspartei über 39 verschiedene Strömungen vertragen könne. Es muß doch möglich sein, die politische Strömung um Carsten Zinn, Gerd Markmann und Mirko Wolfgram nicht nur wieder zu integrieren, sondern ihnen auch die ihnen gebührende Achtung zukommen zu lassen.

Es ist überhaupt statutenrechtlich zu überlegen, ob, wie vorgeworfen, eine gegnerische Fraktionsbildung zustande kam. Diese Genossen treten nicht gegen die Partei der LINKEN an, sondern bekennen sich überall der Linkspartei zugehörig und sind Mitglied in einem Bündnis Eberswalder Bürger. In jedem Bund ist es gestattet, daß verschiedene gesellschaftliche Kräfte unterschiedlicher politischer Zugehörigkeit Bürgerinteressen artikulieren.

Viele LINKE im Land Brandenburg arbeiten aktiv in Bürgerbündnissen mit und werden gehört und geachtet. Es wäre mit gegebenem politischem Weitblick sinnvoller, die sich daraus entfaltende pluralistische Kraft für die Stärkung der LINKEN und ihres Ansehens in der Bevölkerung auch im Sinne einer sich weiterentwickelnden demokratischen Basis zu nutzen.

Ich hoffe sehr, daß für die drei Genossen ein Weiterarbeiten und Kämpfen in Ihrer Partei möglich sein wird und daß man nicht vorschnell urteilt und verurteilt.

Dr. ILONA PISCHEL

DIETRICH BETHMANN HOLLWEG stellte diese Erfahrungen in eine Linie mit jenen »des Norddeutschen Lloyd« und den »Schwierigkeiten die man Deutschland in der Frage des östlichen Netzes der Orientbahn« gemacht habe. Eine weitere »Beteiligung deutschen Kapitals« stellte er nur für den Fall in Aussicht, »daß man den Reichsdeutschen, die sich wirtschaftlich in der Monarchie betätigen sollen, keine Schwierigkeiten in den Weg lege«.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt GOTTLIEB VON JAGOW hatte bereits im April 1914 darauf hingewiesen, Österreich werde, falls ihm Anleihen verweigert würden, vom Dreibund abrücken können. Insgesamt sah der Legationsrat Bethmann Hollweg voraus, Wien werde sich in den kommenden Jahren, angesichts der weiter andauernden finanziellen Schwäche, noch wiederholt an Berlin wenden, um dort seinen »starken Geldbedarf«, mangels anderer Gelegenheit, zu decken. Es sei nicht seine »Aufgabe, zu entscheiden, inwieweit« das deutsche »politische[s] Interesse und« dessen »Bundesstellung zu Oesterreich-Ungarn« es Berlin »zur Pflicht« mache, »die wirtschaftliche und damit auch politische Stellung« Österreich Ungarns »durch Unterstützung bei der Beschaffung von Geldmitteln zu stärken«. Allerdings werde das Reich, »mit derartigen Wünschen Österreichs und Ungarns zu rechnen haben«.

Das Bild Dietrich Bethmann Hollwegs, das Frau Scharffenorth, die Tochter Albert von Mutius, dem Verfasser am 2. August 2011 entwickelte, nämlich sie »habe ihn gesehen, war aber nicht in dem Alter, als daß« sie »klare Bilder vor Augen hätte«, ist dennoch von hoher Bedeutung. Denn sie erläutert weiter: »Er war rabiater, leicht erregbar. Ich kann nur sagen, daß er politisch die Dinge sehr anders als Theobald von Bethmann Hollweg sah. Schnell im Urteil überaus hart. Um etwas zu behaupten, – und kühn.«

Eben dieser Vertreter einer brachialeren, moderneren deutschen Außenpolitik sprach eine ernsthafte Warnung vor weiterem tiefgreifendem finanziellem Engagement in Österreich-Ungarn aus; und diese wurde zudem von dem persönlichen Verbindungsmann des Kanzlers in Wien geäußert. Nicht zuletzt seinem Cousin. Einem gewichtigen Eckstein im »Führungssystem Bethmann Hollweg«. Insgesamt war dies, angesichts der düsteren finanziellen und innenpolitischen Perspektiven der Donaumonarchie, nichts anderes als die Warnung vor dem über kurz oder lang anstehenden Konkurs Wiens, wenn nicht Deutschland die Donaumonarchie in Kontinuität stütze. Aber war das Deutsche Reich dazu in der Lage? War die Lage doch von äußerst geringer Aussicht auf Besserung der bündnispolitischen Leistungsfähigkeit Wiens geprägt. Jagow hatte bereits Ende Mai 1914, in unmittelbarer Nähe zu dessen Unterredung mit dem Generalstabschef Moltke, die Sorge geäußert, mit einem Zusammenbrechen Österreich-Ungarns und dessen Aufteilung, werde ein slawischer Staatenbund entstehen, wodurch das deutsche Element an

Eine Denkschrift vom Juni 1914 mit Folgen (Teil 3):

Inkaufnahme des höchsten Risikos

Dietrich Bethmann Hollweg prophezeit den Zusammenbruch Österreich-Ungarns

Hundert Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkriegs dominieren in den Medien Beiträge, in denen längst bewiesene historische Tatsachen für den heutigen Mainstream zu rechtgebogen werden sollen. Die besondere Schuld des kaiserlichen Deutschland soll vergessen werden, um unbelastet wieder »Verantwortung in der Welt zeigen« zu können. So umschreibt man heute die Teilnahme an Kriegen. Die deutsche Führungselite ist nicht in den 1. Weltkrieg »hineingeschlittert«, sondern hat zielgerichtet auf den großen Krieg im Sommer 1914 hingearbeitet. Die von unserem Autor Dr. BERND SCHULTE entdeckte Denkschrift zur katastrophalen wirtschaftlichen Lage Österreich-Ungarns vom 24. Juni 1914 lieferte der Reichskanzler-Cousin kaum zufällig gerade zu diesem Zeitpunkt ab. Vier Tage später geschah der Mord in Sarajewo.

Dietrich Bethmann Hollweg schilderte die Lage der Donaumonarchie als aussichtslos. Durch das enge Bündnis mit Deutschland war Österreich-Ungarn vom internationalen Kapitalmarkt isoliert. Um der finanziellen Abhängigkeit von Berlin entgegenzuwirken, gab es Überlegungen, das Bündnis mit Deutschland zu lockern.

die Wand gedrückt würde. Der deutsche Botschafter in Wien, von Tschirschky, bezog daraufhin am 22. Mai, gegenüber dem Außenminister folgendermaßen Stellung:

»Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz für das immerhin noch vorhandene Plus bieten könnte, das in der Allianz mit der mitteleuropäischen Macht liegt. Denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinarbeiten. Ob wir dafür carte blanche von England erhalten würden, selbst wenn dieses mit uns in ein wirklich festes Verhältnis hätte gebracht werden können, ist zu bezweifeln... Die Frucht muß, wie mir scheint, noch weiter reifen. Die Zeit wird am besten zeigen, ob es jemandem noch gelingen wird, die disparaten Kräfte der Länder der Monarchie wieder stärkend zusammenzufassen. Mißlingt dieser Versuch, so wird dann sicherlich die Decomposition sehr schnell vor sich gehen und wir müssen dann unsere Politik danach einrichten.«

Das alles brach jedoch mit der hier erörterten Denkschrift Dietrich Bethmann Hollwegs, spätesten am 26. Juni 1914, zusammen. Erst recht mit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo zwei Tage darauf erhielt dessen These, Österreich-Ungarn werde wohl kaum als ein nutzbringender Bundesgenosse zu erhalten sein, eine neue Qualität. Tschirschkys Mahnung zu warten, war zerschlagen; eine Aussicht, auf die österreichische Armee noch zurückgreifen zu können, bestand – im ungünstigen Fall – wohl nur noch Monate. Der Reichskanzler mag, mit hoher Wahrscheinlichkeit, durch diese Entwicklung der Lage, dazu bestimmt worden sein, Österreich den Krieg mit Serbien anzuraten, um den großen Test der Entente Russlands mit Frankreich dann zu wagen. Dies zumal der Kanzler bereits Jagow am 8. März 1914 mitgeteilt hatte:

»Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich. Wien beginnt sich in seiner gesamten Politik etwas stark von uns zu emanzipieren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden. Falls Sie zustimmen[,] bitte ich mir den Erlaß nach Wien vor Abgang zur Kenntnis vorzulegen.«

Der Kurs der »policy of pretention«, die im Vorfeld der Julikrise immer wieder getestete diplomatische Methode des Reichskanzlers, eine deutsche Variante der allseits so genannten »Risikopolitik«, wurde mit dem »Blankoscheck« für Österreich am 5., der Formulierung (in/mit Berlin) des harten Ultimatums an Serbien vom 23. Juli und den Versuchen, den Konflikt im Verlauf des Monats zu lokalisieren, strikt verfolgt. Fortgesetzt wurde diese politische Linie mit der Ablehnung jeglicher Vermittlung nach der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum am 25. Juli, und ergänzt um Bethmanns Ausgleichspolitik »in 11. Stunde« zwischen dem 29. und 31. Juli, schließlich erweitert um die fortwährenden Bemühungen, die englische Neutralität zu erreichen. Nachgerade zum »deus ex machina« evolutionierten diese Versuche, England zu gewinnen. Diese Option gewann vor allem nach dem Scheitern der Lokalisierung des Konfliktes auf dem Balkan zentrale Bedeutung. So wie die taktischen Vorgaben unmittelbar vor der deutschen Kriegserklärung an Rußland, am 1. August, die das Zarenreich zum Aggressor stempelte. Es handelte sich hierbei um ein wohl ausgearbeitetes »crisis management« – unter Inkaufnahme höchsten Risikos. Des Kanzlers Konzept war es, Österreich in dem Willen zu bestärken, Serbien niederzuschlagen – und dies schnellstmöglich. Die daraus entspringenden Konsequenzen übersah Bethmann Hollweg durchaus: Ein künftiger Krieg werde ein Weltkrieg sein und Deutschland habe mit gleichzeitiger Gegnerschaft von Rußland und Frankreich zu rechnen. Das lasse sich nicht ändern.

Diese Aussichten wirkten in Petersburg einem möglichen englischen und französischen Drängen auf die Lokalisierung des Konfliktes entgegen. Das mußte der Reichskanzler einkalkulieren, hatte doch während der Krise des Jahres 1913 der deutsche Botschafter in Petersburg, Albert von Pourtalès, vor dem Einmarsch Österreichs in Serbien gewarnt, würde dieser doch voraussichtlich zum Sieg der »Kriegspartei« am Zarenhof führen.

Dr. BERND F. SCHULTE

Monster, Helden und Familien

Theater mit Kindern im Alter von 9 bis 12 Jahren

Die erste Premiere für das Jahr 2015 ist gesichert. Seit dem 12. November proben wir mit Kindern, unter anderem aus dem Hort Kinderinsel, jeden Mittwoch im EXIL an einer Inszenierung, die am 27. März 2015 zur Aufführung kommen wird.

Monster bringen uns zum Fürchten. Manchmal sind wir auch neidisch auf sie, denn sie scheinen einfach alles zu dürfen. Und was steckt eigentlich hinter der rauhen Schale des Monsters? Wie lebt ein Held? Aus welcher Familie kommt sie oder er? Was weiß die Familie des Helden über seine Heldentaten? Wo begegnen sich Monster und Helden für gewöhnlich?

Die Inszenierung »Monster, Helden und Familien« gibt den beteiligten Kindern Raum, Familiengeschichten von Fantasiefiguren zu erfinden. Real Erlebtes mischt sich mit lustvoll Ergo- nem. Das entwickelte Material wird gemeinsam mit einem künstlerischem Team in eine Form gebracht. Ein Autor, eine Regisseurin, eine Bühnen- und Kostümbildnerin und ein Musiker geben den Kindern einen professionellen Rahmen.

Die Kinder erleben den Freiraum, den das Erfinden und Erzählen von Geschichten geben kann. Die Betrachtenden werden einen Einblick in die Welt der Kinder erhalten, einen Einblick in die Sicht der Kinder auf die Erwachsenenwelt. Sie können uns einen Spiegel vorhalten, in den wir ohne sie nicht blicken könnten.

KAI JAHNS

Leitung: Kai Jahns, Heike Scharpff (Regie), Anna Siegenthaler (Pädagogik). Autor / Dramaturgie: gerade wieder offen, Ausstattung: Lea Walloschke, Musik: Ansgar Tappert. Die Inszenierung »Monster, Helden und Familien« wird im Rahmen des Programms »tanz & theater machen stark« des Bundesverbandes Freier Theater gefördert. Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung«.

Rentner haben niemals Zeit

Herbert Köfer und das Ensemble der Komödiantenbühne auf Tournee

Erinnern sie sich noch an Oma Anna und Opa Paul aus der Erfolgsserie des Fernsehfunks »Rentner haben niemals Zeit«? An 20 Abenden konnte man Ende der 70iger Jahre HELGA GÖRING und HERBERT KÖFER im Vorabendprogramm mit heiteren Episoden aus dem Alltag erleben. Da wurde der »Huckelkuchen« nach Großmutter Rezept gebacken, Frisör Locke alias ROLF HERRICHT wurde als Maskenbildner fürs Fernsehen entdeckt und Opa Paul war für alle da.

Nun wurde die zum Klassiker gewordene Fernsehserie für die Bühne aus der Taufe gehoben. CHRISTIAN KÜHN und HERBERT KÖFER schrieben ein Volkstück mit Themen unserer Zeit. Im Mittelpunkt steht Rentner Paul Schmidt, inzwischen Witwer, aber trotzdem immer noch ein fröhlicher Zeitgenosse, dessen helfende Hand immer noch gebraucht wird und die er gerne reicht. Er wohnt in seinem Gartenhäuschen in der Anlage »Frohe Zukunft« und fast immer scheint für ihn die Sonne. Wenn da aber nicht die immer besserwisserische Nachbarin wäre, die eine stinkende Pflanze züchtet und ihn immer wieder an die Pflichten eines Kleingärtners ermahnt.

Freund Carsten will ihn in die Welt der Computer und der Datings einführen und Frau Jäckel hat ein Auge auf Paul geworfen.

Lockes Sohn, ebenfalls Frisör, hat ein Haarwuchsmittel erfunden und mysteriöse Gestalten schleichen durchs Gebüsch..

Ein Schwank dessen Witz und Sprache Alt und Jung hinter dem Ofen verlockt und der ein Wiedersehen mit HERBERT KÖFER, INGEBORG KRABBE, DORIT GÄBLER, UWE KARPA u.a. bietet.

Wann: 17. Januar 2015

Zeit: 16 Uhr

Ort: Eberswalde, Stadthalle »Hufeisenfabrik«

Tickets: www.eventim.de, Hotline 01806 / 570070 und an allen bekannten Vorverkaufsstellen.

»Show Express«



Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum

Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Harald Petzold, absolviert am 12. Dezember seinen nächsten »Barnim-Tag«. Am Vormittag besucht er das Kloster Chorin und informiert sich dort über den Eigenbetrieb. Von 12 bis 14 Uhr erwartet Petzold die Bürgerinnen und Bürger bei Glühwein und Gebäck zu einer Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum auf dem

Eberswalder Marktplatz. Alle Besucherinnen und Besucher sind herzlich eingeladen, mit dem Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Am Nachmittag informiert sich der Bundestagsabgeordnete dann über die Arbeit der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«.

CINDY PANZER

Wandertips

von BERND MÜLLER

11. Weihnachtswanderung

Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul

26. Dezember, Freitag,

Die Wanderung führt uns durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Rast mit Stolle, Kaffee und Glühwein. Rückweg zum Mon Choix. Ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter Wolfgang Bülow, Organisation Bernd Müller.

Treff: 14.00 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

11. Silvesterwanderung

Auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs

31. Dezember, Mittwoch

Die Wanderung führt durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Etwa 2 Stunden. Wanderleiter Corinna Gerber.

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt 50 %, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Axt im Wald 2014

Eberswalde (bbp). »Die Rache der Baumschere an den mittleren Ästen« ist die Ausstellung mit Werken von Christine Kriegerowski überschieden. Die 279. Ausstellung in der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde (im Sparkassen-FORUM, Michaelisstr. 1, 16225 Eberswalde) öffnet am 17. Dezember um 19.30 Uhr. Einleitende Worte kommen von dem Berliner Autor Ulrich Schlotmann. Die Vernissage wird musikalisch umrahmt von der Weddingband, ebenfalls aus Berlin. Am 27. Januar, ein Tag vor dem Ausstellungsende, gibt es um 17 Uhr ein Galeriegespräch mit der Künstlerin.

Anzeige

Liebe Maria Wenditz,

zu Deinem 85. Geburtstag am 2. Dezember wünschen wir Dir Gesundheit, Optimismus und Lebensfreude.

Wir sind froh, daß wir Dich haben.

Norbert Glaske für die
DKP-Gruppe Oberbarnim



Brandenburgisches Viertel:
11. Kiez-Weihnachtsmarkt

Sonntag, 14. Dezember, 13 bis 17 Uhr auf dem Potsdamer Platz

Eberswalde (bbp). Auch in diesem Jahr gibt es am dritten Advent einen Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel. Viele Mitstreiter hatten ihre Beteiligung versprochen. Dennoch blieb lange offen, ob das Event stattfinden kann, weil lange niemand die Gesamtverantwortung übernehmen wollte. Denn soetwas ist für Ehrenamtler kaum zu leisten. Schließlich nahm das Quartiersmanagement in enger Abstimmung mit dem Amt für Bildung, Jugend und Sport das Zepter in die Hand und die Weihnachtsmütze auf den Kopf.

Nach dem zehnten Jubiläum vor einem Jahr werden diesmal etwas »kleinere Stollen« gebacken. Wichtige Neuerung ist der Standort. Erstmals findet der Weihnachtsmarkt im Freien auf dem Potsdamer Platz statt. Nach der Eröffnung durch den Bürgermeister, der wie im Vorjahr den Weihnachtsstollen anschneidet, erwartet die Besucher ein vielfältiges Bühnenprogramm für jung und alt. In bewährter Weise führt DJ Jogi durch das Programm und selbstverständlich ist auch der Weihnachtsmann mit dabei. Das Flötenorchester Eberswalde »con passione« flötet, das Akkordeonorchester spielt Akkordeon, der Chor IWUSCHKA singt, die Cheerleader & Chattahoochee tanzen, »Die Samels« sorgen für allerlei Überraschungen und selbstverständlich wird dafür gesorgt, daß niemand verhungern oder verdursten muß.



Weihnachten nicht allein

Auch in diesem Jahr veranstaltet die Volkssolidarität Barnim wieder ein »Weihnachten für Einsame« in Eberswalde. Nach der Maxime »Weihnachten nicht allein« sind Alleinstehende am 24. Dezember herzlich in das Objekt der Volkssolidarität am Richterplatz, Mauerstr. 17 in Eberswalde eingeladen (Nähe Markt). Von 12 bis 16 Uhr können Sie dort Stunden der Nähe und Herzlichkeit erleben, umrahmt von Weihnachtsliedern und -geschichten, gemeinsamem Mittagessen und Kaffeetrinken. Es wird ein Hol- und Bringedienservice organisiert. Wir freuen uns auf Sie!

Anmeldungen bis 17.12. (03334/63988-0 oder -16)

ANDREA HOEHNE

Öffentliche Rentensprechstunde

Jeden 2. Mittwoch im Monat, jeweils von 10 bis 13 Uhr, gibt es bei der Volkssolidarität in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 10. Dezember.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Frohe Weihnachten, einen erfolgreichen Abschluß des alten sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr 2015 wünschen
Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv, BI, Ginnow-Merkert, Roland K., Markmann (2), Pasztor, Triller (2)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 4. Dezember 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1. Januar 2015.